

Magazin-e

Personalverband des Bundes | Association du personnel de la Confédération | Associazione del personale della Confederazione | www.pvb.ch



Die Rente im Netz der beruflichen Vorsorgesätze

Publica senkt ihren Umwandlungssatz | Seite 7

La retraite prise dans les taux de la prévoyance professionnelle

Publica va baisser son taux de conversion | Page 17

La rendita ostaggio dei tassi di previdenza professionale

Publica abbasserà il suo tasso di conversione | Pagina 26

4 gute Gründe, um dabei zu sein! bonnes raisons d'y être!

Wir sind aktiv in der Bundesverwaltung, im ETH-Bereich, in der RUAG und in weiteren Betrieben und Instituten des Bundes.

Nous sommes actifs dans l'administration fédérale, le domaine des EPF, auprès de RUAG et des autres entreprises et instituts de la Confédération.

1

Rechtsschutz
und Beratung

Conseils et
protection
juridiques

2

Informationen
zu Ihrem Arbeitsbereich

Informations
sur votre domaine
professionnel

3

Eine wirkungsvolle
Vertretung

Une représentation
efficace

4

Interessante
Rabatte

Des rabais
très intéressants



www.pvb.ch

10 000 Mitarbeitende sind schon dabei! Wir sind die wichtigste Arbeitnehmendenvertretung, die die Interessen des Bundespersonals vertritt.

Mit einem Klick sind auch Sie dabei: www.pvb.ch

10 000 collaboratrices et collaborateurs nous ont déjà rejoints!
Nous sommes la plus importante organisation de défense des intérêts du personnel fédéral.

Inscrivez-vous dès aujourd'hui sur www.pvb.ch

Sie sind bereits Mitglied?

Danke für Ihre Treue! Erzählen Sie auch Ihren Kolleginnen und Kollegen von unserem Verband! Für jedes Neumitglied erhalten Sie eine Prämie von Fr. 50.–!

Déjà membre?

Merci de votre fidélité! Parlez de notre association à vos collègues! Pour chaque nouvelle adhésion, vous recevez une prime de Fr. 50.–!

Sie haben noch Fragen?
Vous avez des questions?

Wir beantworten sie gerne! Kontaktieren Sie uns unter: pvb@pvb.ch oder +41 31 938 60 61.
Nous y répondons volontiers! Contactez-nous sans attendre: pvb@pvb.ch ou +41 31 938 60 61.

Inhalt

Editorial: Der Bund muss eine Zusatzfinanzierung bei Publica leisten | Seite 4

3 Buchstaben ... in 2 Wörtern: Was für ein schöner Sonntag! | Seite 4

Treffen mit Ueli Maurer: Wiederaufnahme der Verhandlungen | Seite 5

VBS: Erster Infoaustausch mit dem Chef der Armee Philippe Rebord | Seite 6

Dossier: Die Rente im Netz der beruflichen Vorsorgesätze | Seite 7

Interview ... mit Doris Bianchi, stv. Sekretariatsleiterin des SGB: | Seite 8

Ratgeber: Kündigung im Krankheitsfall | Seite 13

Kampagne des PVB: «Meine Rechte» | Seite 31



Treffen mit Ueli Maurer: Wiederaufnahme der Verhandlungen

Anlässlich eines ersten Gesprächs über die Lohnmassnahmen 2018 haben die Personalverbände Bundesrat Ueli Maurer den Grundsatz «Eine Partnerschaft braucht Spielraum für Verhandlungen» in Erinnerung gerufen. Der Minister hat eingeräumt, dass es «an der Zeit sei, dem Personal entgegenzukommen». Er hat versprochen, im nächsten Budget entsprechende Massnahmen vorzusehen. [Seite 5](#)

Sommaire

Editorial: La Confédération doit fournir un financement additionnel à Publica | Page 14

3 lettres ... en 2 mots: Quel beau dimanche! | Page 14

Rencontre avec Ueli Maurer: Le retour à de réelles négociations | Page 15

Dossier: La retraite prise dans les taux de la prévoyance professionnelle | Page 17

Interview ... de Doris Bianchi, adjointe du premier secrétaire à l'Union syndicale suisse | Page 18

7 questions à ... Geneviève Contesse | Page 24

Campagne de l'APC: «Mes droits» | Page 31

Cours de préparation à la retraite de l'APC: Il reste des places! | Page 34



Institut suisse de droit comparé (ISDC) à Lausanne

L’Institut suisse de droit comparé (ISDC) est un institut autonome de la Confédération, rattaché au Département de justice et police depuis 1982. Il fonctionne comme centre de consultation juridique de droit étranger et interne et comme centre de recherche. Localisé sur le campus de l’Université de Lausanne, à Dorigny, il emploie 35 collaboratrices et collaborateurs équivalents plein-temps. Une délégation de l’APC – Alain Favre, président de la section de Lausanne, et Luc Python, secrétaire d’association – a rendu visite à sa directrice, Christina Schmid ainsi qu’à la cheffe du personnel Cindy Robert en janvier dernier. [Page 16](#)

Sommario

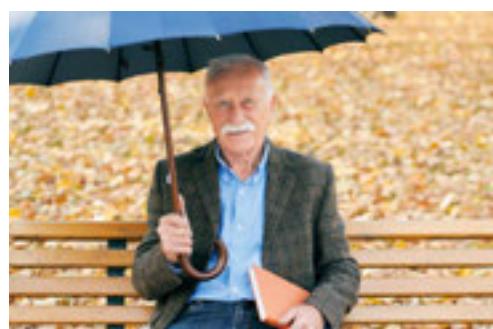
Editoriale: La Confederazione deve procedere con una ricapitalizzazione di Publica | Pagina 25

3 lettere ... in 2 parole: Che bella domenica! | Pagina 25

Dossier: La rendita ostaggio dei tassi di previdenza professionale |

Pagina 26

Sektionen – Sections – Sezioni | Seiten 32–34



Dossier: Publica abbasserà il suo tasso di conversione

La previdenza professionale può avere caratteristiche simili a un impianto di gassificazione, che è tuttavia importante conoscere come le proprie tasche per comprendere le riforme in corso e agire nell’interesse degli affiliati e dei pensionati. [Pagina 26](#)

Der Bund muss eine Zusatzfinanzierung bei Publica leisten

Die berufliche Vorsorge ist unter Druck. Höhere Lebenserwartung und das tiefe Zinsniveau bringen eine Senkung des technischen Zinses und des Umwandlungssatzes. Handeln ist angesagt, doch die Renten dürfen nicht übereilt gesenkt werden. Trotz widrigem Zinsumfeld erreicht Publica 2016 eine gute Performance. Wegen der Schuldenbremse hat die Bundeskasse in den letzten zehn Jahren neunmal beträchtliche Überschüsse (zwischen 1 und 7,5 Milliarden) erwirtschaftet, auch 2016 resultiert ein Überschuss in Milliardenhöhe. Gleichzeitig droht eine haptische Rentenkürzung um mutmasslich zehn Prozent. Das ist für die Betroffenen schwer verkraftbar, und der Bund als sozialer Arbeitgeber muss sich finanziell beteiligen. Die Sozialpartner und das paritätische Organ des Vorsorgewerks Bund müssen darum vom Bundesrat einen massgeblichen Zuschuss einfordern. Es kann nicht sein, dass die Bundeskasse dank tiefer Zinsen Milliarden Ausgaben einspart, das Bundespersonal aber davon gar nichts hat. Schlimmer noch, bereits zum zweiten Mal hintereinander gab es keine allgemeine Lohnerhöhung. Darum müssen wir den Überschuss der Rechnung 2016 für Publica und die Rentensicherung des Bundespersonals einfordern. Wenn für die Renten von morgen das Bundespersonal heute höhere Lohnabzüge bezahlen muss, dann sinken die Löhne sogar. Das ist nicht akzeptabel. Denn der Druck und die Leistungsbereitschaft sind ebenfalls gestiegen. Nebst Lohnerhöhungen für die Zukunft braucht es wegen der bevorstehenden Änderungen der technischen Parameter auch eine Zusatzfinanzierung an die 2.-Säule-Renten von heute und morgen. Der Bund kann sich das leisten. Der PVB wird sich auf diesem Weg engagieren.

Barbara Gysi, Verbandspräsidentin

3 Buchstaben ...

in 2 Worten

Was für ein schöner Sonntag!

Am Sonntag, 12. Februar, konnte die Schweiz gleich mehrere Siege für sich verbuchen: Beat Feuz hat die Goldmedaille bei der Skialpfert gewonnen, die Schweizerinnen stehen am Tennis-Fed-Cup im Halbfinal... und die Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation haben künftig Anspruch auf eine erleichterte Einbürgerung.

Obendrein herrschte eitel Sonnenschein, sogar in Genf! Was mich aber am meisten gefreut hat, ist die äusserst deutliche Ablehnung der dritten Revision der Unternehmensbesteuerung durch die Mehrheit der Bevölkerung (jene, die wählt, d.h. weniger als 50%). Von dieser Revision hätten nur einige Firmen und ihre Aktionäre profitiert, auf Kosten der Mittelklasse und der öffentlichen Kassen. Dabei wurde nicht die Reform des Steuersystems infrage gestellt. Der Bundesrat hatte anfänglich ein mehr oder weniger ausgewogenes Projekt vorgeschlagen, der rechte Flügel im Parlament hat aber anschliessend «das Schiff überfrachtet», indem er Unternehmen unsinnige Geschenke machen wollte, die diese gar nicht nötig haben.



Diese Abstimmung hatte aber auch eine symbolische Bedeutung: In der Schweiz gibt es eine lange Tradition des Kompromisses und Pragmatismus sowie der ausgewogenen Vorlagen, die der Mehrheit der Menschen, die in unserem schönen Land wohnen, zugutekommen. Die vorgeschlagene Reform bezweckte jedoch nichts dergleichen!

Die Bevölkerung hat uns eine Lektion erteilt: Sie will, dass sich die Politik auf die Grundlagen des Konsenses stützt. Lassen Sie uns darauf hinarbeiten, auch beim PVB. Indem wir mit Führungskräften bzw. mit Bundesrätinnen und Bundesräten diskutieren, aber auch, indem wir den Angestellten zuhören und ihnen dabei helfen, Lösungen zu finden, die für alle – für die Arbeitgeber und das Personal – annehmbar sind. Schauen wir nach vorne... und arbeiten wir daran, dass es noch viele schöne Sonntage geben wird!

Maria Bernasconi, Generalsekretärin



© PVB

Treffen mit Ueli Maurer

Wiederaufnahme der Verhandlungen

Anlässlich eines ersten Gesprächs über die Lohnmassnahmen 2018 haben die Personalverbände Bundesrat Ueli Maurer den Grundsatz «Eine Partnerschaft braucht Spielraum für Verhandlungen» in Erinnerung gerufen. Der Minister hat eingeräumt, dass es «an der Zeit sei, dem Personal entgegenzukommen». Er hat versprochen, im nächsten Budget entsprechende Massnahmen vorzusehen.

Die Löhne stagnieren seit 2013, der Arbeitgeber Bund ist nicht attraktiv genug, und die Rekrutierung von Spezialistinnen und Spezialisten bereitet ihm Schwierigkeiten, die Teuerung wird Ende 2017 positiv ausfallen: Diese Argumente haben Ueli Maurer davon überzeugt, im Budget 2018 einen Spielraum vorzusehen, sei es für eine Erhöhung der Löhne oder für andere Massnahmen zugunsten der Bundesangestellten. Auf die Frage von Maria Bernasconi, Generalsekretärin des PVB, mit welchem Prozentsatz zu rechnen sei, antwortete der Finanzminister, er müsse zuerst Rücksprache mit seinen Bundesratskolleginnen und -kollegen halten und nannte daher keine konkrete Zahl.

Lohnsystem: Die Ortszulage darf nicht angepasst werden

Der PVB brachte erneut das Ungleichgewicht zur Sprache, das die Anpassung der Lohnentwicklungsbandbreiten 2016 im Lohnsystem bewirkt hat: «Damit wird die Stellung der Bundesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt geschwächt und der Grundsatz der

Gleichbehandlung relativiert – es braucht eine unverzügliche Korrektur.» In erster Linie muss jedoch der Ortszuschlag beibehalten werden. «Seine Abschaffung käme einer direkten Lohnkürzung gleich, die die tiefen Lohnklassen umso mehr belasten würde.» Das Eidgenössische Personalamt hat den Auftrag, dem Bundesrat bis Anfang Sommer mehrere Varianten für die Anpassung des Lohnsystems vorzulegen. Daraufhin werden Diskussionen zwischen Sozialpartnern folgen.

Begleitmassnahmen für die Pensionskasse

Die Personalverbände haben den Bundesrat überdies auf die für Mitte 2018 geplanten Veränderungen innerhalb der Pensionskasse Publica aufmerksam gemacht: Die erneute Senkung des Umwandlungssatzes wird in Zukunft tiefere Renten zur Folge haben. Der PVB forderte, dass der Arbeitgeber Begleitmassnahmen vorsieht. Der Bundesrat will zudem das Rentenalter bestimmter Personalkategorien (Grenzwacht, Berufsoffiziere

und -unteroffiziere und versetzbare Personal des EDA) anpassen – dies lehnen die Verbände vehement ab. Der Bundesrat wird sich mit dem Prüfauftrag sowie der Stellungnahme der Gewerkschaften befassen.

Ein schwieriger politischer Kontext

Gemäss Ueli Maurer «wird der Druck auf das Bundespersonal in nächster Zeit noch steigen». An der Märzsession wird über das Stabilisierungsprogramm debattiert. Die Motion Müller fordert zusätzliche Budgetkürzungen, indem die Personalausgaben bis 2019 auf dem Stand der Rechnung 2014 eingefroren werden – eine Mehrheit des Parlaments könnte ihr zustimmen. Der Finanzminister schliesst nicht aus, dass in den beiden grössten Departementen (VBS und EFD) Kündigungen ausgesprochen werden. Der Bundesrat hat jedoch versprochen, sich in Bundesrat und Parlament für das Bundespersonal einzusetzen. Das nächste Treffen ist für Juni geplant.

Martine Currat-Joye

Wieder Rechnungsüberschuss – Schluss mit dem Druck aufs Personal!

Auch im Rechnungsjahr 2016 resultiert im Bundeshaushalt ein Überschuss, der auch dieses Jahr wieder auf Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer und Minderausgaben in der Verwaltung beruht. Und wie zu erwarten, folgt die Argumentation des Bundesrats auch dieses Jahr dem gleichen Muster: Erklärt wird der Überschuss mit Sondereffekten, und prognostiziert werden für die kommenden Jahre Mindereinnahmen und hohe strukturelle Defizite. Unverändert hoch sei der Spardruck, obwohl die Mehrausgaben von einer Milliarde Franken wegen der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III vorderhand ja nicht anfallen.

Der PVB, im Rahmen der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal, ist überzeugt: Die Erklärungsmuster des Bundesrats verfangen beim Bundespersonal nicht mehr. Jedes Jahr müssen sich die Mitarbeitenden die gleichen Argumente des Bundesrats anhören, mit denen der Rechnungsüberschuss schlechtgeredet wird, und jedes Jahr wird weiter am Personalbudget gekürzt. Was der Bundesrat an Kürzungen vorbereitet, findet dann seine Fortsetzung im Parlament. Erst noch im letzten Dezember hat eine Parlamentsmehrheit kurzerhand nochmals 50 Millionen Franken aus dem Personalbudget für 2017 rausgestrichen. Aktuell bereitet diese Sparmassnahme der Verwaltung massive Schwierigkeiten in der Umsetzung. Die Folgen sind Kündigungen, unbesetzte Stellen, Frühpensionierungen und erhöhter Stress für die übrigen Angestellten. Mit diesem anhaltenden Sparkurs muss nun Schluss sein!

VGB/mcj

Erster Infoaustausch mit dem Chef der Armee Philippe Rebord

Jürg Grunder

Am 8. Februar fand ein konstruktiver Infoaustausch zwischen dem PVB, der durch die neue Verbandspräsidentin Barbara Gysi und Jürg Grunder vertreten war, dem Chef der Armee (CdA) Philippe Rebord sowie dem Personalchef Daniel Gafner statt. Die wichtigsten Punkte waren die Sozialpartnerschaft und die Sparprogramme in der Armee bzw. deren Umsetzung und Konsequenzen für die Mitarbeitenden.

Wir vernahmen, dass die Armee seit dem Jahr 1990 bereits 4000 Stellen verloren hat, und das VBS dauernd Stellen abbauen soll. Bis ins Jahr 2021 muss die Armee auf 9150 Vollzeitstellen reduziert sein. Ende Dezember 2016 gab es im Bereich Verteidigung noch 9350 Beschäftigte. Mit der Planung der Stellenreduktion soll man auf Kurs sein. Zusätzlich muss aber noch der Luftpolizeidienst 24 aufgebaut werden, was zusätzliche Stellen benötigen wird. Die Armeespitze hat Massnahmen geplant, um Entlassungen zu vermeiden. Der PVB wird dies mit einem kritischen Auge beobachten und bei Bedarf einschreiten. Die Weisung, dass es keine Kündigungen für Mitarbeitende über 55 Jahren mit 20 Dienstjahren gibt, soll eingehalten werden. Dies hat der PVB mit grosser Genugtuung gehört.

Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Die vom Parlament bewilligten fünf Milliarden Franken pro Jahr für die Weiterentwicklung der Armee werden wenig nützen, wenn die entsprechen-

den Personen nicht da sind. Die Personalkredite werden zusätzlich wegen der vom Parlament im Dezember 2016 beschlossenen Kürzungen des Personalkredits von 50 Millionen per 1. Januar 2017 weiter gesenkt.

Führungsunterstützungsbasis (FUB)

Bei der FUB sei es schwierig, neue Mitarbeitende im Bereich Cyber zu finden, da es auf dem Arbeitsmarkt nicht allzu viele gut qualifizierte Leute gebe. Der PVB hofft sehr, dass bald genügend Mitarbeitende angestellt werden, um die Arbeitslast gerechter zu verteilen.

Logistikbasis der Armee (LBA)

Bei der LBA ist ungefähr die Hälfte der Angestellten älter als 50 Jahre. Hier wird in Zukunft ein Know-how-Verlust wegen der anstehenden Pensionierungen befürchtet. Die Anpassung der technischen Parameter bei Publica im Jahr 2018 (Senkung des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes) wird diesen Trend unter Umständen noch zusätzlich fordern.



© VBS

Fachberufsunteroffiziere

Für die Fachberufsunteroffiziere, die als Ausbildungssupporter eingesetzt sind, will sich die Armeespitze dafür einsetzen, dass diese mit der WEA weiterhin eine zumutbare Stelle finden werden. Hier ist der PVB sehr gespannt, ob und wie dies gelingen wird. Der PVB hält ein waches Auge darauf. Erfreulicherweise haben wir erfahren, dass im Moment genügend Ausbildungskredite vorhanden sind und

der CdA es befürwortet, wenn sich seine Mitarbeitenden für die Sozialpartner (z.B. im PVB) einsetzen.

Der PVB schätzt den direkten Austausch sehr und ist froh, bei Philippe Rebord auch für die Zukunft ein offenes Ohr gefunden zu haben.

Jährliche Infokonferenz mit der Oberzolldirektion

Am 17. Januar 2017 fand die jährliche Infokonferenz der Oberzolldirektion und der Personalverbände statt. Sie wurde zum ersten Mal vom neuen Oberzolldirektor, Christian Bock, geleitet.



Mit dem Transformationsprojekt DazIT soll der Zoll in den nächsten zehn Jahren auf die digitale Zukunft ausgerichtet werden. Ein Projektantrag mit dem Budget von etwa 400 Millionen Franken wird ins Parlament gelangen. Gemäss OZD soll die Umsetzung von DazIT zu keinen Entlassungen führen. Der Zoll hat eine jährliche Fluktuation von etwa 150 bis 200 Personen. Die Personalverbände werden ins Projekt eingebunden. Neben der Umsetzung des Stabilisierungsprogrammes 2017–2019 muss der Zoll auch den Entscheid des Parlaments, die Kürzung des Personalkredits von 50 Millionen Franken, tragen. Die GL der OZD prüft momentan verschiedene Massnahmen und entscheidet im Februar darüber. Gemäss Personalchef, Martin Weissleder, sollen diese Kürzungen ohne Entlassungen umgesetzt werden. Die Treueprämie darf wieder als Freizeit bezogen werden. Das Grenzwachtkorps (GWK) ist von allen Sparprogrammen ausgeschlossen. Der Migrationsdruck an der Grenze wird steigen. Im Moment wird über eine Unterstützung durch die Militärische Sicherheit (Mil Sich) diskutiert. Die OZD hat klar und unmissverständlich begründet, dass es bei der Personalbeurteilung keine Vorgaben gibt. Die Beurteilung erfolgt ausschliesslich nach Leistung und nicht nach Quoten.

Jürg Grunder



Publica senkt ihren Umwandlungssatz

Die Rente im Netz der beruflichen Vorsorgesätze

Michel Schweri

Die berufliche Vorsorge gleicht einem Buch mit sieben Siegeln, das man dennoch kennen sollte wie seine Westentasche, um die laufenden Reformen zu verstehen und im Interesse der Versicherten und Rentenbeziehenden zu handeln.

Interview mit Doris Bianchi, stv. Sekretariatsleiterin des SGB, verantwortlich für den Sozialversicherungsbereich



Interview:
Jürg Grunder/ Doris Bianchi

Welches sind die Zukunftserwartungen an die Pensionskassen generell und Publica im Spezifischen?
Die Pensionskassen stehen unter einem starken Druck. Festverzinsliche Anlagen werfen heute kaum mehr Erträge ab. Das Tiefzinsumfeld belastet die Pensionskassen als institutionelle Anleger stark. Kassen mit vielen Rentnerinnen und Rentnern spüren den Anlagenotstand besonders. Da sie für hohe Rentenverpflichtungen aufkommen müssen, können sie nicht übermäßig in ertragsreiche, aber risikobehaftete Anlagen investieren. Davon ist auch Publica betroffen.

Warum werden in der heutigen Situation der Pensionskassen vielfach die Umwandlungssätze gesenkt? Gibt es nicht auch noch andere Massnahmen?
Die Senkung der Umwandlungssätze steht im engen Zusammenhang mit der Senkung des technischen Zinssatzes. Dieser Zinssatz entspricht einer rechnerischen Annahme des Zinsertrages auf das angesparte Altersguthaben. Die Höhe des Zinssatzes hängt von der erwarteten Entwicklung der Finanzmärkte ab. Da die erwarteten Renditen rückläufig sind, senken viele Kassen den technischen Zins. Wenn die Zinsannahmen tiefer sind, hat dies auch Einfluss auf die Rentenumwandlung. Bei Pensionierung wird das angesparte Altersguthaben anhand des Umwandlungssatzes in eine lebenslange Rente umgewandelt. Eine tieferen Zinsannahme führt zu einem tieferen Umwandlungssatz und somit zu einer tieferen Rente. Die Senkung des Umwandlungssatzes ist aber nicht zwingend. Er kann auch auf einem höheren Niveau belassen werden. Dadurch sind aber die Renten nicht ausreichend ausfinanziert. Sie benötigen eine zusätzliche Finanzierung.

Publica gedenkt, den technischen Zinssatz von 2,75% auf 2,0% zu senken. Ist dies ein richtiger Schritt und ist die Höhe des technischen Zinssatzes angemessen?
Eine solch starke Senkung des technischen Zinssatzes innerhalb eines Jahres erachte ich als zu einschneidend. Die Senkung des Umwandlungssatzes von heute 5,65% auf 5,09% ist massiv. Hier wäre ein schrittweises Vorgehen eher angezeigt. Zumal mit der Senkung nicht sichergestellt ist, ob das bisherige Leistungsniveau trotz tiefem Umwandlungssatz (ohne Begleitmassnahmen) gehalten werden kann.

Das Vorsorgewerk Bund von Publica hat nur deren 300 Millionen Franken in den Reserven. Um eine voll-

ständige Ausfinanzierung bei der Senkung des Umwandlungssatzes zugunsten der Aktiven zu gewährleisten müssten etwa 1,3 Milliarden Franken eingeschossen werden. Welche Lösungssätze sehen Sie?

Wie viele andere Pensionskassen scheint sich Publica für ein überstürztes Vorgehen zu entscheiden, das einer vollständigen Ausfinanzierung nicht zuträglich ist. Beser wäre es, den Erhalt des Leistungsniveaus im Auge zu behalten und kleinere Senkungsschritte zu beschliessen, die jeweils kompensiert werden. Dabei ist der Bund als Arbeitgeber der zentrale Akteur für die Kompensation der Leistungseinbussen. Die Arbeitgeberseite profitiert stark von einer Senkung des technischen Zinssatzes. Denn so reduziert sich das Risiko späterer Sanierungen. Dieser Vorteil muss ausgeglichen werden. Ich sehe nicht ein, wieso der Bund, der als Schuldner von niedrigen Zinsen bzw. von negativen Zinsen profitiert, seine eigenen Angestellten für das Tiefzinsumfeld bluten lässt. Die Zinsausgaben des Bundes fallen immer tiefer aus. Im Jahr 2015 lagen sie um 2,2 Milliarden Franken tiefer als vor zehn Jahren. In einem solchen Tiefzinsumfeld ist es nicht abwegig, die finanzielle Verpflichtung des Bundes gegenüber von Publica über eine Schuldenaufnahme zu prüfen.

Publica hat viele Rentenbeziehende im Gegensatz zu andern Pensionskassen. Ist dies prekär?

Publica ist kein Einzelfall. Viele der grossen Pensionskassen haben ein ähnliches Verhältnis Aktive/Rentner. Für die Risikofähigkeit der Kasse ist ein grosser Rentneranteil aber eine Herausforderung. Mit dem Renteneintritt der Baby-Boom-Generation in den nächsten Jahren wird sich die Situation verschärfen. Daher ist es wichtig, dass es nicht gleichzeitig zum Aderlass bei den aktiv Versicherten kommt. Sparprogramme, die eine Aufhebung vieler Stellen nach sich ziehen, sind Gift für rentnerlastige Pensionskassen.

Die Pensionskassen beklagen sich ständig über die schwachen Renditen. Publica erzielte im Jahr 2016 eine Rendite von 5,0%. Wo ist das Problem?

In der Tat macht ein solch guter Jahresabschluss die beabsichtigte Senkung des Umwandlungssatzes kaum nachvollziehbar. Damit wird das Vertrauen der Versicherten in die zweite Säule aufs Spiel gesetzt. Umso mehr braucht es keine überstürzten Massnahmen bei der Sicherung der finanziellen Stabilität von Publica, sondern ein umsichtiges schrittweises Vorgehen.

Die Rente im Netz der beruflichen Vorsorgesätze

Mindestzinssatz, Projektionszinssatz, technischer Zinssatz, effektiver Zinssatz, Beitragssatz, Umwandlungssatz usw. ... Bei der zweiten Säule wimmelt es nur so von «Sätzen». An sich bildet die berufliche Vorsorge ein System, das den (relativ simplen) Zweck verfolgt, Personen am Ende ihrer beruflichen Laufbahn eine monatliche Pension auszubezahlen. Sie ist jedoch auch ein komplexes mathematisches System, in dem alle Parameter ineinander übergreifen, damit ein finanzielles Gleichgewicht aufrechterhalten werden kann, das wiederum ermöglicht, allen Versicherten eine Rente auszubezahlen und nicht nur den ersten in der Reihe.

Der soziale Zweck dieses Systems, das die Alters- und Hinterlassenenversicherung ergänzt, wird jedoch häufig durch das technische Konzept und die versicherungsmathematischen Berechnungen verschleiert. Für die Hauptbetroffenen – die Arbeitnehmenden und künftigen Anspruchsbe rechtigten – ist das System oftmals

unverständlich. Es ist indes immer hilfreich, seine Feinmechanik zu kennen, um die grossen politischen Manöver und Reformen zu verstehen, die einander Schlag auf Schlag folgen. Auch Publica bildet hier keine Ausnahme und hat für den Sommer 2018 eine erneute Senkung des Umwandlungssatzes angekündigt. Was bedeutet dies aber konkret?

Die Kasse füllen

Die berufliche Vorsorge wird auf Ebene der Unternehmen organisiert. Jeder Arbeitgeber muss einer Pensionskasse beitreten oder selbst eine bilden, in die seine Angestellten jeden Monat einen Teil ihres Bruttolohns einzahlen. Das Unternehmen muss immer mindestens ebenso viel – häufig ein wenig mehr – wie jeder Angestellte auf dessen individuelles Konto einzahlen. Mit einem grossen Teil dieses Geldes wird ein Altersguthaben gespeist, das von der Pensionskasse während rund 60 Jahren – von der ersten Einzahlung des monatlichen

Beitrags mit 25 Jahren bis zur Auszahlung der letzten Altersrente nach Ableben des Versicherten – verwaltet wird. In der Zwischenzeit wird dieses Geld angelegt und bringt Zinsen, die aber je nach Wirtschaftslage fluktuieren. Gemäss Gesetz muss den individuellen Konten der Versicherten derzeit mindestens 1% Rendite gutgeschrieben werden.

Ein erstes Dilemma zeigt sich während des Zeitraums, in dem das Rentenkapital gebildet wird: Wie viele Prozente kann man von den Löhnen für die Beiträge abziehen, damit die bestmögliche Rente gebildet werden kann, ohne dabei aber die Angestellten verarmen zu lassen oder ihre gegenwärtige Kaufkraft über Gebühr einzuschränken? Es kommt deshalb zu einer progressiven Staffelung der Beitragssätze, was bei den älteren Angestellten zu höheren Kosten führt.

Der Umwandlungssatz

Nach vier Beitragsjahrzehnten hat sich aber in jedem Fall ein Altersguthaben



© Fotolia



© Fotolia

gebildet. Dieses sollte nun in monatliche Zahlungen aufgeteilt werden, damit der neuen Rentnerin oder dem neuen Rentner eine Rente ausbezahlt werden kann. Wie lange wird die anspruchsberechtigte Person jedoch noch leben? Hier kommt die durchschnittliche Lebenserwartung zum Tragen bzw. die Anzahl Jahre, während derer das angesparte Kapital «verwässert» wird – von dieser Perspektive geht der Umwandlungssatz aus.

Hinter diesem unklaren Wortlaut verbirgt sich eine Zahl, die schlicht und einfach die Höhe der jährlichen Renten wiedergibt. Bei einer Pensionierung mit 65 Jahren verwendet Publica gegenwärtig einen Umwandlungssatz von 5,65%, wodurch das angesparte Kapital in beinahe 18 jährliche Tranchen «zerstückelt» werden kann, von denen jede einzelne 5,65% des Guthabens der anspruchsberechtigten Person darstellt. Bei einer Früh-pensionierung ist der Umwandlungssatz tiefer, da mehr und kleinere Tranchen geschnitten werden müssen. Die verwendete Skala ist in der Tabelle auf der zweiten Seite des persönlichen Vorsorgeausweises, den Publica jedes Jahr ausstellt, aufgeführt.

Eine grosse Herausforderung

Seit einigen Jahren stellt dieser Umwandlungssatz eine grosse Herausfor-

derung dar. Wird er zu hoch angesetzt, so wird das angesparte Kapital bereits vor dem Tod aufgebraucht; wird er zu tief angesetzt, reduziert dies die Renten und damit auch die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner. 2010 hat das Schweizer Volk im Übrigen eine Senkung des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumwandlungssatzes klar abgelehnt. Die Behörden wollten ihn von 6,8% (dieser Wert hat immer noch Gültigkeit) auf 6,4% heruntersetzen.

In der Realität werden von den Pensionskassen, die Leistungen gewähren, die über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen, zwei Umwandlungssätze verwendet, so auch bei Publica. Auf dem sogenannten «obligatorischen» Teil der Vorsorge, der gesetzlich streng geregelt ist, darf der Umwandlungssatz nicht tiefer als 6,8% sein. Aber auf dem sogenannten «überobligatorischen» Teil, der das gesetzliche Minimum übersteigt, kann dieser Satz frei festgelegt werden. Der Prozentsatz auf dem jährlich ausgestellten Vorsorgeausweis ist das Ergebnis der Aggregation dieser beiden Teile (siehe Kasten).

Anfang 2015 hat Publica den Umwandlungssatz von 6,15 auf 5,65% gesenkt, wodurch gleichzeitig auch die jährlichen Renten um rund 8% gesenkt wurden. Diese können nun aber

Zwei fiktive Beispiele mit dem Umwandlungssatz von Publica

	In CHF	Umwandlungssatz in %	Jahresrente in CHF
Rentenkapital insgesamt	200 000.00	5,65	11 300.00
Obligatorischer Teil BVG	100 000.00	6,80	6 800.00
Überobligatorischer Teil	100 000.00	4,50	4 500.00

Erklärung: Das Gesamtkapital, hier in einer Höhe von 200 000 Franken, besteht zur Hälfte aus dem «obligatorischen» Sockel des gesetzlichen Minimums, von dem gemäss Gesetz über die berufliche Vorsorge nicht abgewichen werden darf, und zur anderen Hälfte aus den zusätzlichen (überobligatorischen) Beiträgen. Auf der ersten Hälfte beträgt die garantierte jährliche Rente 6800 Franken (6,8% von 100 000) und auf der zweiten Hälfte lediglich 4500 Franken. Dies ist zulässig, da letztlich das gesetzliche Minimum zumindest eingehalten wird.

Senkung des Umwandlungssatzes

	In CHF	Umwandlungssatz in %	Jahresrente in CHF
Rentenkapital insgesamt	200 000.00	5,00	10 000.00
Obligatorischer Teil BVG	100 000.00	6,80	6 800.00
Überobligatorischer Teil	100 000.00	3,20	3 200.00

Nehmen wir an, der Umwandlungssatz würde auf 5% gesenkt, wodurch die jährliche Rente auf 10 300 Franken sinken würde (gegenüber vorher 11 300 Franken). Auch die Verteilung zwischen dem obligatorischen und dem überobligatorischen Teil hat sich verändert. Die gemäss dem Gesetz berechnete Minimalrente bleibt bei 6800 Franken, während die Pension, die aus dem überobligatorischen Teil der Kasse stammt, auf 3200 Franken schrumpft, obwohl das Kapital in beiden Fällen identisch bleibt.

ein Jahr länger ausbezahlt werden, also bis zum 83. Altersjahr und nicht mehr nur bis zum 82. Altersjahr. Den Rentnerinnen und Rentnern, die früh sterben, bringt es jedoch nichts, wenn man zwar länger, dafür aber tiefere Renten beziehen kann, denn beinahe 60% der Männer und mehr als ein Drittel der Frauen sterben vor dem Erreichen dieses Alters. Nun will Publica den Umwandlungssatz also schon wieder senken. Sie wird ihren Entscheid voraussichtlich in der ersten Hälfte 2017 verkünden. Auch die Reform «Altersvorsorge 2020» empfiehlt eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6%.

Neben der Beibehaltung des Umwandlungssatzes von Publica ist es auch wichtig, am Mindestumwandlungssatz festzuhalten, da dieser dem Schutz des nicht reduzierbaren Sozials der Altersrente dient. Die Verteidigung beider Sätze ermöglicht es, den Betrag der jährlichen Altersrente für die künftigen Rentenbeziehenden beizubehalten.

Und der Deckungsgrad?

Inmitten der Beitragssätze, die die Einnahmen bestimmen, und der Umwandlungssätze, die die Ausgaben modulieren, findet man auch noch den Deckungsgrad. Da es sich bei der beruflichen Vorsorge um ein Kapitaldeckungssystem handelt, das keine Subventionen oder Finanzbeiträge von aussen erhält, schreibt das Gesetz vor, dass jede Pensionskasse «jederzeit

ihrer Verpflichtungen erfüllen können muss». Nicht nur die laufenden Renten, sondern auch die den künftigen Rentenbeziehenden gemachten «Versprechen» müssen eingehalten werden. Somit muss die Kapitalisation

dafür reichen, sogar wenn das Unternehmen oder die angeschlossenen Arbeitnehmenden verschwinden, Konkurs gehen, aufgekauft werden... Die finanziellen Verpflichtungen der Vorsorgeeinrichtungen müssen also

vollständig garantiert sein, daher auch die Auflage eines 100%igen Deckungsgrades. Diese Regel ist zwingend für die Pensionskassen privater Unternehmen, die von einem Tag auf den anderen verschwinden könnten. Sie wird etwas relativiert für die Kassen der öffentlichen Körperschaften oder die grossen, über den öffentlichen Dienst geregelten Kassen, die nicht schliessen werden. Sofern diese über eine Staatsgarantie verfügen, reicht daher ein Deckungsziel von 80%.

Bei Publica handelt es sich um eine sogenannt «umhüllende» Vorsorgeeinrichtung, die 21 sektorelle Vorsorgewerke umfasst. Darunter verfügten 10 per Ende 2015 nicht über genügend Kapital, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Insbesondere muss auch noch eine Wertschwankungsreserve von mehr als 20% des Kapitals von Publica als Vorsorgemassnahme gegen die Schwankungen der Börsenkurse gebildet werden. Eigentlich sollte die Kasse mindestens zu 120% kapitalisiert sein, was aktuell nicht gegeben ist.

Um das Ganze noch etwas komplizierter zu machen, werden in der Realität

Senkung des Umwandlungssatzes... gemäss Publica

Ziel von Publica ist es, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Versicherten und Rentenbeziehenden langfristig nachzukommen. Deshalb sieht die Kassenkommission Publica eine weitere Senkung des technischen Zinssatzes und damit auch des Umwandlungssatzes vor. Der neue Wert im Alter 65 soll 5,09% betragen (bisher 5,65%) und per Mitte 2018 eingeführt werden. Für über 58-jährige Arbeitnehmende ist eine Übergangsregelung vorgesehen. Die Kassenkommission reagiert damit auf das anhaltend tiefe Zinsniveau und die Renditeerwartungen auf dem Anlagevermögen, die – auch bei kurzfristigen Erholungen – längerfristig tief bleiben dürften. Die definitiven Beschlüsse wird die Kassenkommission voraussichtlich in der ersten Hälfte 2017 fassen und kommunizieren.

Der Umwandlungssatz wird primär auf der Basis von Lebenserwartung und technischem Zins festgelegt. Sowohl die anhaltend gestiegene Lebenserwartung als auch das weiterhin gesunkene Zinsniveau erfordern eine Anpassung des Umwandlungssatzes. Gemäss Publica soll der technische Zinssatz, der seit dem 1.1.2015 bei 2,75% (offene Vorsorgewerke) bzw. 2,25% (geschlossene Vorsorgewerke) liegt, auf 2,0% bzw. 1,25% gesenkt werden. Mit der Senkung des technischen Zinssatzes wird die benötigte Sollrendite gesenkt und die Verzinsungsdifferenz zwischen den Vorsorgekapitalien der Versicherten und der Rentenbeziehenden reduziert. Diese Senkung dient somit der Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts von Publica.

Laufende Renten sind von Gesetzes wegen vor Kürzungen geschützt.

Die Kassenkommission sieht eine abgestufte Umstellung auf den neuen Umwandlungssatz vor, um die Leistungseinbussen für ältere Arbeitnehmende, die im Zeitpunkt der Umstellung über 58-jährig sind, angemessen abzufedern. Die paritätischen Organe können – in Absprache mit den Personalverbänden – zusätzliche flankierende Massnahmen zur Beschränkung von Leistungseinbussen ergreifen.

Demzufolge wird Publica voraussichtlich im vierten Quartal 2017 Auskunft zu individuellen Vorsorgesituationen im Zusammenhang mit der geplanten Umstellung geben können. Publica/mcj



© Fotolia

zwei Deckungsgrade berechnet. Die Renten, die gegenwärtig ausbezahlt werden, müssen volumnäßig gedeckt sein, da die gegenwärtigen Rentenbeziehenden ein wohlerworbenes Recht auf ihre Rente bis zu ihrem Ableben haben, selbst wenn ihr Exunternehmen schliessen sollte. Publica muss deshalb dafür unbedingt 19,5 Milliarden Franken bereithalten, also etwa 55% ihrer Vollkapitalisierung. Der Deckungsgrad der Verpflichtung, die gegenüber den noch aktiven Arbeitnehmenden besteht, kann hingegen etwas schwanken, da die Bildung ihrer Altersguthaben bis zum Eintritt des Ruhestandes noch verbessert werden kann.

Konsequenzen in klingender Münze

Besteht bei einer Vorsorgeeinrichtung Unterdeckung, muss diese Sanierungsmassnahmen ergreifen. Sinkt ihr Deckungsgrad zu stark und über eine zu lange Dauer hinweg, schreibt das Gesetz mehrere Massnahmen vor: Es können ausserordentliche Sanierungsbeiträge erhoben werden, die laufenden Renten nicht mehr der Teu-

erung angepasst werden und der Zinssatz kann gesenkt werden.

Relevant sind im Endeffekt nur zwei Interventionsachsen: entweder durch eine Rekapitalisierung oder eine Beitragserhöhung mehr Geld in die Kasse pumpen oder die Ausgaben reduzieren. Da die Beträge der laufenden Pensionen durch das wohlerworbene Recht geschützt sind, können entsprechend einzig die Ausgaben für die künftigen Rentenbeziehenden gesenkt werden. Aus dieser Situation ergibt sich der Vorschlag, den Umwandlungssatz herabzusetzen, wodurch die künftigen Verpflichtungen für die Rentner von morgen abgewertet werden und die Konten der Kasse wieder ausgeglichen werden können.

Nichts ist umsonst

Die Konsequenzen für die aktiven Arbeitnehmenden sind also immer dieselben. Bei einer Beitragserhöhung zur Sicherung der künftigen Rente erklärt man sich gleichzeitig mit der Kürzung des monatlich ausbezahlten Nettolohnes einverstanden und akzeptiert entsprechend, unmittelbar etwas weniger gut zu leben, um dafür später sein Rentenniveau beizubehalten zu können. Wer umgekehrt seine momentane Kaufkraft beibehalten will, muss aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes nach der Pensionierung eine Reduktion seiner Rente in Kauf nehmen und somit auch eine Senkung der Kaufkraft.

In jedem Fall werden die Kosten der Renten im Voraus von den Arbeitnehmenden bezahlt. Einzig eine Erhöhung der Bruttolöhne, eine Verringerung der Lohnungleichheiten und eine bessere Verteilung des Reichtums können frisches Geld bringen, mit dem sich gute Renten finanzieren lassen.

Sparbeiträge: Arbeitgeber und -nehmer zahlen einen bestimmten Prozentsatz des Lohns in die Pensionskasse (PK) ein. Laut Berufsvorsorgegesetz (BVG) beträgt das Verhältnis 50 zu 50. Im Schnitt zahlen die Arbeitgeber 60%.

Umwandlungssatz (UWS): Er gibt an, zu welchem Prozentsatz das Alterskapital nach der Pension in eine Rente umgewandelt wird. Beispiel: Bei einem UWS von 6,5% werfen 100 000 Franken Kapital jährlich 6500 Franken Rente ab.

BVG-Obligatorium: Für Löhne bis 84 600 Franken gilt der gesetzliche UWS von 6,8%. Aber: Im Überobligatorium ist es erlaubt, den UWS unter 6,8% zu senken.

Langlebigkeit und technischer Zins: Die Menschen werden immer älter. Gleichzeitig sinken seit vielen Jahren die Zinsen. Das setzt die Pensionskassen unter Druck. Um Finanzlöcher zu vermeiden, senken sie den UWS und erhöhen die Sparbeiträge.



Publireportage – Bereit sein für den ersten «Austritt»

Das Frühjahr beginnt für den sicheren Motorradfahrer schon im März. Denn zur seriösen Vorbereitung auf die anstehende Tourensaison gehört mehr als das Einlösen des Nummernschilds.



Herausforderungen und Gefahren des Motorradfahrens einzustellen. Zum Beispiel lassen sich heikle Situationen wie das richtige Kurvenfahren oder eine Vollbremsung auch bestens vor dem geistigen Auge simulieren. Diese mentale Vorbereitungstechnik kennt man von Temposportlern wie Ski- oder Bobfahrer, die vor dem Start zur anspruchsvollen Fahrt die gesamte Strecke im Kopf Kurve für Kurve durchgehen, um Abläufe und Timing zu verinnerlichen.

Kluge Köpfe schützen sich

Nicht nur der Kopfschutz, sondern auch Protektoren für sensible Körperbereiche wie die Extremitäten sind heute ein wichtiger Bestandteil jeder Motorradkleidung. Diese Polsterungen können den Motorradfahrer bei einem Sturz vor schweren Verletzungen bewahren. Gerade die Beine sind bei schweren Stürzen stets exponiert, weshalb Knie-, Schienbein und Fussschutz sinnvoll sind. Zwingend zur Grundausstattung gehört der Rückenprotektor. Auch auf Schulter- und Ellenbogen-Protektoren verzichten smarte Motorradfahrer nicht freiwillig.

Muskelkraft und Beweglichkeit

Um gut vorbereitet auf die Maschine zu steigen ist kein intensives Krafttraining nötig. Wichtig ist, eine solide Grundfitness und die nötige Beweglichkeit mitzubringen. Auf dem Motorrad werden vor allem der Nacken, die Handgelenke und die Finger strapaziert. Experten raten vor der ersten Ausfahrt einige fokussierte Kräftigungsübungen für die Nacken- und Stützmuskulatur zu machen und die Finger – zum Beispiel durch das Kneten eines Squash- oder Tennisballes zu trainieren.

Klar ist: Mit der passenden Vorbereitung bleibt der begeisterte Motorradfahrer auch bei längeren Touren entspannt und konzentriert. Und dann wird der erste Austritt garantiert auch zu einem genussvollen Saisonauftakt.



Zurich Versicherung – jetzt Offerte anfordern!

Im Internet finden Sie unter www.zurich.ch/partner alle Informationen zu den Angeboten von Zurich. Hier können Sie Ihre individuelle Prämie berechnen und Ihre persönliche Offerte erstellen. Dafür benötigen Sie folgendes Login:

Ihr Zugangscode: cmyuq2Wr

Oder Sie verlangen über die Telefonnummer **0800 33 88 33** eine unverbindliche Offerte. Das Kundencenter von Zurich ist von Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr durchgehend geöffnet. Bitte erwähnen Sie Ihre PVB-Mitgliedschaft.

Recht

Kündigung im Krankheitsfall



Thomas Wettstein
Fürsprecher, EPA

«Ich bin seit einem Jahr krankgeschrieben. Meine Arbeit muss von anderen Personen erledigt werden. Darf mein Arbeitgeber den Arbeitsvertrag ändern (Änderungskündigung)? Auf welche Stelle habe ich Anrecht, sobald ich wieder gesund bin?»

Bei einer Arbeitsverhinderung wegen Krankheit oder Unfall darf der angestellten Person während zweier Jahre nicht gekündigt werden (Art. 31a Abs. 1 BPV). Dies beinhaltet auch eine Änderungskündigung. Hingegen ist es während der Krankheit der angestellten Person möglich, die Funktion bzw. den Arbeitsbereich unter Einhaltung der Kündigungsfristen nach Artikel 30a BPV einseitig durch den Arbeitgeber anzupassen (Art. 25 Abs. 3 BPV). Bedingung dafür ist, dass dies dienstlich erforderlich und zumutbar ist. Bezogen auf den vorliegenden Fall wäre eine Anpassung der Funktion also möglich, sofern die genannten Bedingungen erfüllt sind. Solange aber die angestellte Person keinen angepassten Arbeitsvertrag mit dem neuen Stellenbeschrieb erhält, wie es vorliegend offensichtlich der Fall ist, bleibt der bisherige Arbeitsvertrag in Kraft.

Weiterbildungen Berechnung des Lohnes

«Werden Weiterbildungen wie Doktortitel bei der Einstufung innerhalb der Lohnklasse berücksichtigt? Bei Mastertiteln ist dies bekanntlich der Fall.»

Der Doktortitel ist für die Lohnberechnung unerheblich. Die für die Arbeitgeberin Bundesverwaltung massgebenden Studienabschlüsse sind der Bachelor und der Master. Sie sind aber nur dann lohnrelevant, wenn sie auch funktionsrelevant sind. Für die Funktionsbewertung ist die entsprechende idealtypische Vorbildung und nicht der konkrete Ausbildungs- und Erfahrungshintergrund des oder der Stelleninhabenden massgebend.

La Confédération doit fournir un financement additionnel à Publica

Les temps sont durs sur le front de la prévoyance professionnelle. Le vieillissement de la population et le bas niveau des intérêts conduisent à un abaissement du taux d'intérêt technique et du taux de conversion. Il faut agir, certes, mais pas en réduisant les rentes de manière précipitée. Malgré le contexte défavorable en matière de taux d'intérêt, Publica a réalisé une bonne performance en 2016.

Et grâce au frein à l'endettement, la caisse de la Confédération a engrangé de gros excédents ces dernières dix années (entre 1 et 7,5 milliards de francs par année); les comptes 2016 affichent eux encore un excédent de près de 1 milliard de francs. Pourtant, une réduction guette les futur-e-s rentières et rentiers, probablement de l'ordre de 10% – une mesure d'économie difficile à supporter pour les personnes concernées.

Il serait juste que la Confédération, en tant qu'employeur social, mette la main au porte-monnaie. Les partenaires sociaux et l'organe paritaire de la caisse de pension Publica doivent demander au Conseil fédéral de débloquer une contribution substantielle. Est-il admissible que la Confédération économise des milliards grâce aux bas taux d'intérêt sans que le personnel fédéral en reçoive une miette? Pour comble, c'est la deuxième année consécutive qu'il n'y a pas eu d'augmentations de salaires. C'est pourquoi nous réclamons que l'excédent de 2016 soit alloué à Publica pour assurer les rentes du personnel de la Confédération. Si les employé-e-s de la Confédération doivent financer les rentes de demain avec des ponctions salariales encore plus élevées, leurs salaires vont même encore baisser. Cela n'est pas acceptable. D'autant moins que leur charge de travail et la pression sur leurs performances ne cessent, elles, d'augmenter. Hormis des augmentations de salaires, nous demandons un financement supplémentaire, rendu nécessaire par les changements prévus des paramètres techniques, pour les rentes du 2^e pilier d'aujourd'hui et de demain. La Confédération en a les moyens. L'APC va s'engager dans cette voie.

Barbara Gysi, présidente de l'APC

3 lettres ...

en 2 mots

Quel beau dimanche!

Dimanche 12 février, la Suisse a gagné sur plusieurs points: Beat Feuz a remporté la médaille d'or de la descente à ski, les Suissesses ont acquis une place en demi-finale de la Fedcup en tennis et... les étrangers de la troisième génération auront dorénavant droit à une naturalisation facilitée. De plus, il a fait beau, le soleil a brillé, même à Genève! Mais ce qui m'a réjouie le plus, c'est que la majorité du peuple (celle qui vote, soit moins de 50% d'entre nous!) a refusé très nettement la troisième révision de l'imposition des entreprises qui n'aurait profité qu'à quelques sociétés et leurs actionnaires, au détriment de la classe moyenne et des caisses publiques. Pourtant, ce n'est pas la réforme du système fiscal qui était contestée. Le Conseil fédéral avait proposé au départ un projet plus ou moins équilibré, mais la droite du Parlement a ensuite trop chargé le bateau en proposant des cadeaux insensés à des entreprises qui n'en ont même pas besoin.



Ce vote n'était pas seulement important pour le sujet mentionné, mais aussi pour sa portée symbolique: en effet, nous avons en Suisse une vieille tradition de compromis, de pragmatisme, de projets équilibrés qui profitent à une majorité de personnes habitant dans notre beau pays. Or, la révision proposée était tout sauf cela.

La population vient de donner une leçon: elle veut que la politique se fasse sur des bases de consensus. Travaillons-y, également à l'APC. En discutant avec les dirigeant-e-s, voire avec les conseillers et conseillères fédérales, mais également en écoutant et soutenant les employé-e-s afin de trouver des solutions acceptables pour tout le monde, tant pour l'employeur que pour les employé-e-s. En avant, on y travaille! Pour qu'ait lieu encore de nombreux beaux dimanches!

Maria Bernasconi, secrétaire générale

Rencontre avec Ueli Maurer

Le retour à de réelles négociations

«Un partenariat implique une marge de négociation», un principe que les associations du personnel de la Confédération ont rappelé au conseiller fédéral Ueli Maurer lors d'un premier tour de table sur les mesures salariales 2018. Le ministre l'a reconnu: «Un geste en faveur du personnel s'impose.» Il a promis des mesures en conséquence dans le prochain budget.



© APC

Stagnation des salaires depuis 2013, manque d'attractivité de l'employeur Confédération qui peine à recruter des spécialistes et un renchérissement positif à la fin 2017: ces arguments ont convaincu Ueli Maurer de prévoir une marge dans le budget pour une adaptation à la hausse des salaires ou d'autres mesures en faveur des employé-e-s de la Confédération en 2018. A la question de Maria Berinasconi, secrétaire générale de l'APC «quel pourcentage avez-vous prévu?», le ministre des finances a répondu devoir s'en remettre à ses collègues du Conseil fédéral. Aucun chiffre n'a donc été avancé.

Système salarial: pas question de toucher à l'indemnité de résidence

L'APC a remis sur la table des discussions le déséquilibre qu'a entraîné l'adaptation des fourchettes d'évolution des salaires en 2016 dans le système salarial: «Cela relativise le principe de l'égalité de traitement, il faut une correction urgente.» Quant à l'indemnité de résidence, elle doit être maintenue. «Sa suppression équivaudrait à une réduction de salaire directe, pesant d'autant plus lourd sur les classes de salaire inférieures.» L'Office fédéral du personnel a aujourd'hui pour mandat de présenter

au Conseil fédéral, d'ici le début de l'été, plusieurs variantes d'adaptations du système salarial. S'en suivront des discussions entre partenaires sociaux.

Des mesures d'accompagnement pour la caisse de pensions

Les associations du personnel ont également rendu le conseiller fédéral attentif aux changements prévus au sein de la caisse de pensions Publica pour la mi-2018: la nouvelle diminution du taux de conversion aura pour conséquence une baisse des futures rentes. L'APC a demandé que l'employeur

prévoie des mesures d'accompagnement. Le Conseil fédéral a aussi pour projet d'adapter l'âge de la retraite des catégories de personnel particulières (garde-frontière, officiers et sous-officiers de carrière et personnel transférable du DFAE), ce à quoi les associations se sont fermement opposées. Le dossier va être traité par le Conseil fédéral prochainement.

Un contexte politique difficile

Selon Ueli Maurer, «la pression sur le personnel de la Confédération va encore s'accentuer ces prochains temps». Lors de la session de mars, on débattra du programme de stabilisation. La motion Müller, qui demande des coupes budgétaires supplémentaires, avec un plafonnement des dépenses de personnel au niveau du compte 2014 jusqu'en 2019, pourrait également avoir les faveurs de la majorité du Parlement. Dans les deux plus grands départements (DDPS et DFF), le ministre des finances n'exclue pas des licenciements. Mais Ueli Maurer a promis de s'engager auprès du Conseil fédéral et du Parlement en faveur du personnel de la Confédération. La prochaine rencontre est prévue en juin.

Martine Currat-Joye



© APC

Encore des comptes excédentaires pour 2016 – stop à la pression sur le personnel!

Une fois encore les comptes fédéraux se soldent par un excédent, qui résulte cette année encore de rentrées supplémentaires de l'impôt fédéral direct et de la diminution des dépenses dans l'administration. Et comme toujours, les commentaires du Conseil fédéral sont les mêmes: l'excédent s'explique par des «effets spéciaux» et il faut s'attendre ces prochaines années à une diminution des recettes et à des déficits structurels élevés. La pression aux économies demeure quant à elle invariablement forte, quand bien même les dépenses supplémentaires de 1 milliard de francs ne sont plus à l'ordre du jour à cause du rejet de la réforme fiscale des entreprises.

L'APC, dans le cadre de la Communauté de négociation du personnel de la Confédération, en est persuadée: les explications du Conseil fédéral ne parviennent plus à convaincre le personnel. Chaque année, les collaborateurs et collaboratrices doivent écouter les mêmes arguments. Le Conseil fédéral minimise l'excédent et propose de nouvelles coupes dans le budget du personnel. Ces propositions sont ensuite reprises et développées par le Parlement. Tout récemment encore, en décembre dernier, une majorité parlementaire a, ni une ni deux, raboté le budget du personnel 2017 de 50 millions de francs supplémentaires. Une mesure d'économie dont la mise en œuvre donne bien du fil à retordre à l'administration et qui a pour conséquences des licenciements, des postes non repourvus, des retraites anticipées et, au final, davantage de travail et de stress pour les employé-e-s qui restent. Il faut en finir avec cette politique d'austérité! CNPC

Premier échange d'informations avec le nouveau chef de l'Armée Philippe Rebord

Un échange d'informations a eu lieu le 8 février entre l'APC, représentée par la présidente de l'association Barbara Gysi et Jürg Grunder, et le chef de l'Armée (CdA) Philippe Rebord ainsi que le chef du personnel Daniel Gafner. Les principaux points abordés étaient le partenariat social et les programmes d'économies dans l'armée, ainsi que leur mise en œuvre et leurs conséquences pour le personnel.

L'armée a déjà perdu 4000 emplois depuis 1990 et le DDPS doit constamment réduire les effectifs. D'ici 2021, les effectifs de l'armée devront avoir été ramenés à 9150 emplois à temps plein. Fin décembre 2016, l'unité Défense comptait encore 9350 emplois à temps plein. Selon le chef de l'Armée, la planification de la réduction des effectifs serait conforme aux prévisions. La police aérienne 24 doit cependant encore être mise en place, ce qui nécessitera des postes supplémentaires. Les responsables de l'armée ont prévu des mesures pour éviter les licenciements. L'APC suivra attentivement ces opérations et interviendra au besoin. L'APC a pris connaissance, à sa plus grande satisfaction, du fait que la directive selon laquelle il n'y aurait pas de licenciements pour les collaborateurs âgés de plus de 55 ans et ayant accompli 20 années de services doit être respectée.

Développement de l'armée (DEVA)

Les 5 milliards de francs annuels approuvés par le Parlement pour le développement de l'armée ne serviront pas à grand-chose s'il manque le personnel correspondant. Les crédits du personnel seront encore diminués à cause des réductions du crédit

du personnel de 50 millions au 1^{er} janvier 2017 décidées par le Parlement en décembre 2016.

Base d'aide au commandement (BAC)

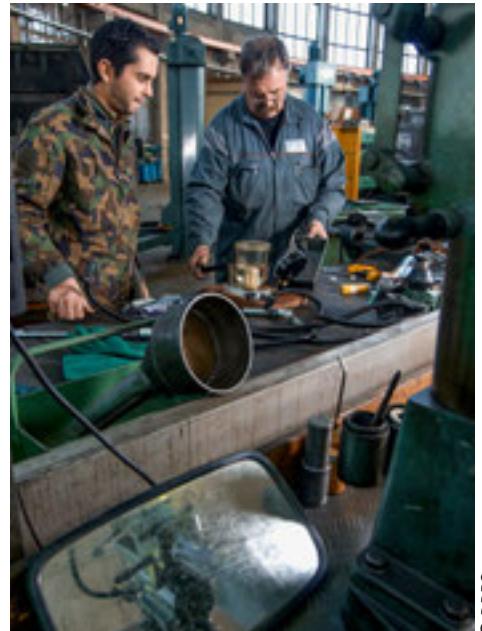
Il sera difficile de trouver de nouveaux employé-e-s dans le domaine Cyber pour la BAC, car il y a relativement peu de candidat-e-s qualifiés sur le marché du travail. L'APC espère que des collaborateurs et collaboratrices en nombre suffisant seront prochainement engagés afin de répartir plus équitablement la charge de travail.

Base logistique de l'armée (BLA)

Environ plus de la moitié des employé-e-s de la BLA ont plus de 50 ans. Nous redoutons une perte de savoir-faire à l'occasion des départs imminents à la retraite. L'adaptation des paramètres techniques chez Publica en 2018 (abaissement du taux d'intérêt technique et du taux de conversion) soutiendra éventuellement cette tendance.

Sous-officiers de carrière spécialistes

Les responsables de l'armée veulent s'engager pour que les sous-officiers de carrière spécialistes employés dans le cadre du soutien à la formation re-



© DDPS

trouvent un poste comparable dans le cadre du DEVA. L'APC est curieuse de voir si cela sera possible et reste extrêmement vigilante à cet égard.

Nous avons eu le plaisir d'apprendre qu'il y avait actuellement suffisamment de crédits de formation et que le CdA est favorable à l'engagement de ses collaborateurs et collaboratrices pour le partenariat social (par exemple au sein de l'APC).

L'APC a apprécié cette entrevue et se réjouit d'avoir trouvé une oreille attentive pour l'avenir en la personne de Philippe Rebord.

Jürg Grunder

Une délégation de l'APC à l'Institut suisse de droit comparé

L'Institut suisse de droit comparé (ISDC) est un institut autonome de la Confédération, rattaché au Département de justice et police depuis 1982. Il fonctionne comme centre de consultation juridique de droit étranger et interne ainsi que comme centre de recherche. Il est localisé sur le campus de l'Université de Lausanne, à Dorigny et emploie 35 collaboratrices et collaborateurs équivalents plein-temps.



© Guillaume Perret

Une délégation de l'APC – Alain Favre, président de la section de Lausanne, et Luc Python, secrétaire d'association – a rendu visite à la directrice de l'ISDC, Christina Schmid ainsi qu'à la cheffe du personnel, Cindy Robert, le mardi 31 janvier dernier. Une nouvelle loi fédérale sur l'ISDC – actuellement en consultation – sera prochainement soumise au Parlement. «Elle renforce et clarifie les structures actuelles mais ne touche pas le personnel», selon la directrice. L'ISDC sera doté d'une structure plus légère, à savoir un Conseil de l'Institut composé de neuf membres (auparavant 22) et une direction de trois membres au maximum. Pour soutenir la direction en matière scientifique, le Conseil de l'Institut pourra constituer un Conseil

scientifique, qui aura une fonction purement consultative. La nouvelle loi introduit aussi une distinction nette entre les tâches légales et les activités commerciales (avis de droit pour les tiers).

Lors de cette rencontre, l'APC a également thématisé les mesures concrètes prises par la direction afin d'améliorer les faiblesses notées dans les résultats de l'enquête 2014 auprès du personnel. Nos membres nous ont fait part des améliorations constatées et de la volonté de dialogue de la direction, notamment avec la commission du personnel, afin d'améliorer l'environnement de travail.

Luc Python

Publica va baisser son taux de conversion

La retraite prise dans les taux de la prévoyance professionnelle

Michel Schweri

La prévoyance professionnelle s'apparente à une usine à gaz qu'il est toutefois important de connaître comme sa poche pour comprendre les réformes en cours et agir dans l'intérêt des affilié-e-s et des retraité-e-s.

Interview de Doris Bianchi, adjointe du premier secrétaire à l'Union syndicale suisse, en charge des dossiers assurances sociales et politique à l'égard des personnes âgées



Interview:
Jürg Grunder/
Doris Bianchi

Quelles sont les perspectives d'avenir des caisses de pension en général et de Publica en particulier?

Les caisses de pension sont à la peine. Les placements à taux fixes ne rapportent pratiquement plus rien. Ce contexte de bas niveau des intérêts met les caisses de pension, en tant qu'investisseurs institutionnels, sous forte pression. Les caisses qui comptent une forte proportion de rentiers s'en ressentent tout particulièrement: liées par des engagements de retraite élevés, elles ne peuvent pas investir plus que de raison dans des placements qui seraient plus rentables, mais qui sont aussi plus risqués. Publica se trouve exactement dans cette situation.

De nombreuses caisses de pension baissent leur taux de conversion. N'y aurait-il pas d'autres mesures possibles? La baisse des taux de conversion est corrélée à la baisse du taux d'intérêt technique. Le taux d'intérêt technique correspond au taux de rendement annuel moyen que l'institution de prévoyance espère réaliser à long terme sur ses placements. Le calcul de ce taux dépend de l'évolution des marchés financiers. C'est parce que les rendements attendus sont en recul que de nombreuses caisses de pension baissent leur taux technique, avec une influence sur le taux de conversion. Au moment de la retraite, l'avoir de vieillesse est converti en rente à vie sur la base de ce dernier taux. Un abaissement du taux d'intérêt technique entraîne une baisse du taux de conversion et, partant, une baisse de la rente que les assurés toucheront à leur retraite. Cela dit, le taux de conversion ne doit pas obligatoirement être réduit. Toutefois, s'il est maintenu à un niveau plus élevé, les rentes ne seront pas suffisamment financées et il faudra donc trouver un financement supplémentaire.

Publica planifie un nouvel abaissement du taux d'intérêt technique de 2,75% à 2,0%. Est-ce la bonne chose à faire et le nouveau taux technique est-il adéquat?

Une réduction aussi forte du taux technique en une année me paraît une mesure bien radicale. La baisse du taux de conversion de 5,65% à 5,09% est massive. A mon avis, il faudrait plutôt procéder par étapes. D'ailleurs, on ne sait même pas si cette baisse permettra, sans mesures d'accompagnement, de maintenir les prestations au niveau actuel.

La caisse de prévoyance de la Confédération n'a que 300 millions de francs dans ses réserves. Pour assurer la capitalisation intégrale des rentes en cas de baisse du

taux de conversion, il faudrait injecter environ 1,3 milliard de francs. Quelles solutions voyez-vous?

Comme beaucoup d'autres caisses, il semble que Publica cède à la précipitation, une attitude qui va à l'encontre d'une capitalisation intégrale. Il serait préférable de viser le maintien du niveau de prestations et de procéder par petites étapes. En tant qu'employeur, la Confédération est la mieux placée pour compenser les réductions de prestations. Il faut savoir que les employeurs profitent beaucoup d'une baisse du taux d'intérêt technique, car un taux technique plus bas réduit le risque d'assainissements ultérieurs. Il serait juste que cet avantage soit compensé. Je ne vois pas pourquoi la Confédération qui profite de taux bas, voire négatifs, en tant que débiteur, devrait faire payer la facture du contexte défavorable à ses employé-e-s. Les dépenses d'intérêts de la Confédération ne cessent de diminuer. En 2015, elles étaient inférieures de 2,2 mia de francs à celles de 2005. Dans un tel contexte de bas taux d'intérêt, on pourrait très bien envisager que l'engagement financier de la Confédération vis-à-vis de sa caisse de pension passe par une augmentation de sa dette.

A la différence d'autres caisses de pension, Publica compte un grand nombre de rentiers. Une situation périlleuse?

Publica n'est pas seule dans son cas. Plusieurs grandes caisses ont un même rapport d'actifs et de rentiers. Mais il est vrai qu'une forte proportion de rentiers est un défi au niveau de la capacité de risque d'une caisse. L'arrivée à la retraite de la génération «baby-boom» ces prochaines années va encore exacerber la situation. Il est d'autant plus important d'éviter une hémorragie d'assuré-e-s actifs. Des programmes d'économie qui entraînent des suppressions de postes sont du poison pour une caisse comme la nôtre, à forte «charge de rentiers».

Les caisses de pension n'arrêtent pas de se plaindre du faible rendement de leurs placements. Pourtant Publica a réalisé un rendement de 5,0% en 2016. Où est donc le problème?

Vu cette belle performance, difficile de comprendre en effet pourquoi Publica veut réduire le taux de conversion! C'est la confiance des assuré-e-s dans le deuxième pilier qu'elle met ainsi en jeu. Au lieu d'agir précipitamment, il est capital de procéder par étapes, avec mesure et clairvoyance, pour assurer la stabilité financière de Publica.



© Fotolia

La retraite prise dans les taux de la prévoyance professionnelle

Taux d'intérêt minimal et taux d'intérêt projeté, taux technique et taux d'intérêt effectif. Taux de cotisation, taux de conversion, taux de couverture... Le deuxième pilier des retraites regorge de «taux». Si la prévoyance professionnelle forme un système dont la finalité, assez simple, est de verser une pension mensuelle aux personnes ayant terminé leur cursus professionnel, c'est aussi un modèle mathématique complexe dont tous les paramètres s'imbriquent pour maintenir un équilibre financier, lequel doit précisément permettre d'atteindre ce but pour toutes et tous les affilié-e-s, et pas seulement pour les premiers arrivé-e-s.

Souvent même, l'approche technique et les «calculs actuariels» dissimulent le but social de ce système complémentaire à l'Assurance vieillesse et survivants. Il est souvent opa-

que aux yeux des premiers concernés: les salarié-e-s cotisants et futurs ayants droit. Il est toutefois utile de connaître sa mécanique fine pour comprendre les grandes manœuvres politiques et les réformes qui ne cessent de s'enchaîner. Publicis n'échappe pas à cette tendance, car une nouvelle réduction du taux de conversion se profile à l'horizon de l'été 2018. Mais kézako vraiment?

Remplir la caisse

La prévoyance professionnelle est organisée sur la base des entreprises. Chaque employeur doit rejoindre ou constituer une caisse de pensions dans laquelle cotisent ses salarié-e-s par une ponction prise chaque mois sur les salaires bruts dépassant un certain montant. L'entreprise doit toujours verser au moins autant — souvent un peu plus — que chaque em-

ployé-e, sur le compte individuel de ce dernier. Une grande partie de cet argent vient alimenter un avoir de vieillesse, lequel est géré par la caisse de retraite durant les quelque 60 ans séparant le prélèvement de la première cotisation mensuelle à 25 ans et le versement de la dernière rente à la suite du décès de l'affilié-e. Dans l'intervalle, cet argent est placé et rapporte un intérêt, fluctuant selon la période économique. Selon la loi, au moins 1% de rendement doit être désormais crédité sur les comptes individuels des assuré-e-s.

Un premier dilemme apparaît durant cette période de constitution d'un capital de retraite. Combien peut-on prélever de pour cent de cotisation sur les salaires afin de constituer la meilleure pension possible sans trop appauvrir l'employé-e et lui laisser un pouvoir d'achat suffisant à sa vie im-

médiate? De là résulte un échelonnement progressif des taux de cotisations, renchérisant le coût des salarié-e-s «seniors».

Le taux de conversion

Toujours est-il qu'après quatre décennies de cotisation, un capital de vieillesse est constitué. Il devra alors être réparti en versements mensuels afin de payer une rente au/à la retraité-e. Mais durant combien de temps va-t-il ou elle vivre? C'est là qu'interviennent l'espérance de vie moyenne, c'est-à-dire le nombre d'années durant lequel le capital constitué devra être versé et le taux de conversion découlant de cette perspective.

Sous un libellé obscur, ce chiffre donne simplement la grandeur des rentes annuelles. Aujourd'hui, Publica utilise un taux de conversion de 5,65% pour un départ en retraite à 65 ans, ce qui permet de «découper» le capital accumulé en presque 18 tranches annuelles pesant chacune 5,65% de l'avoir de la personne. Ce taux est réduit si l'affilié-e part en retraite plus tôt (il faudra couper davantage de tranches plus petites) et l'échelle utilisée figure dans le tableau de la deuxième page du certificat per-

sonnel transmis chaque année par Publica.

Enjeu majeur

Depuis quelques années, ce taux de conversion constitue un enjeu majeur. Fixé trop haut, il épuise le capital accumulé avant le décès; fixé trop bas, il réduit le montant des rentes et abaisse donc le pouvoir d'achat des retraité-e-s. En 2010, le peuple suisse avait d'ailleurs séchement refusé une réduction du taux de conversion minimum inscrit dans la loi. Les autorités voulaient le diminuer de 6,8% (valeur encore actuelle) à 6,4%.

En réalité, deux taux de conversion sont utilisés par les caisses de pension dépassant le minimum légal, comme Publica. Sur la part de prévoyance dite «obligatoire», strictement encadrée par la loi, le taux de conversion ne peut en effet être inférieur à 6,8%. Mais sur la part dite «surobligatoire» allant au-delà du minimum légal, ce facteur peut être fixé librement. Le pourcentage figurant sur le certificat annuel d'affiliation provient de l'agrégation des deux parties (lire l'enquête).

Au début 2015, Publica a réduit son taux de conversion de 6,15 à 5,65%,

Deux exemples fictifs avec le taux de conversion de Publica

	en Fr.	Taux de conversion en %	Rente annuelle en Fr.
Capital de retraite total	200 000.00	5,65	11 300.00
part obligatoire LPP	100 000.00	6,80	6 800.00
part surobligatoire	100 000.00	4,50	4 500.00

Explication: Si un capital total, ici de 200 000 francs, est constitué d'une moitié relevant de la loi sur la prévoyance professionnelle et formant le socle «obligatoire» du minimum légal auquel il est interdit de déroger, l'autre moitié (surobligatoire) résulte des cotisations supplémentaires. Sur la première moitié, la rente annuelle garantie est de 6800 francs (6,8% de 100 000), sur la seconde moitié de seulement 4500 francs. Cela est autorisé, car le minimum légal est, au final, au moins respecté.

Baisse du taux de conversion

	en Fr.	Taux de conversion en %	Rente annuelle en Fr.
Capital de retraite total	200 000.00	5,00	10 000.00
part obligatoire LPP	100 000.00	6,80	6 800.00
part surobligatoire	100 000.00	3,20	3 200.00

Si par hypothèse le taux de conversion était réduit à 5%, la rente annuelle totale sera diminuée à 10 000 francs contre 11 300 auparavant. Mais la répartition entre la part obligatoire et la part surobligatoire est aussi modifiée. La rente minimale calculée selon la loi est maintenue à 6800 francs, tandis que la pension provenant de la moitié surobligatoire de la caisse fond à 3200 francs, alors que le capital est identique dans les deux cas.



© Fotolia



© Fotolia

réduisant du même coup le montant des rentes annuelles d'environ 8%, mais pouvant dès lors les verser durant une année supplémentaire, jusqu'à 83 ans contre 82 auparavant. Or, toucher plus longtemps des rentes amoindries ne fait pas le bonheur des retraité-e-s mourant tôt, car presque 60% des hommes et un grand tiers des femmes décèdent avant ces âges.

Désormais, Publica cherche encore une fois à réduire son taux de conversion. Elle devrait annoncer sa décision durant le premier semestre 2017. Et en toile de fond, le plan «Prévoyance vieillesse 2020» préconise également une réduction du taux minimum de conversion à 6%. Outre le maintien du taux de conversion de Publica, il est aussi important de conserver le taux de conversion minimum, car il permet de protéger le «socle» incompressible des pensions de retraite. Défendre les deux ensemble permet de conserver le montant annuel des pensions pour les futur-e-s retraité-e-s.

Et le taux de couverture?

Au milieu des taux de cotisations déterminant les recettes et des taux de conversion modulant les dépenses, on trouve le taux de couverture. La prévoyance professionnelle étant un système en capitalisation ne touchant aucune subvention ou apport financier de l'extérieur, chaque caisse de

Baisse du taux de conversion... selon Publica

L'objectif de Publica est de remplir à long terme ses engagements financiers envers les personnes assurées et les bénéficiaires de rentes. Par conséquent, la Commission de la caisse Publica planifie un nouvel abaissement du taux d'intérêt technique et, partant, du taux de conversion. Le niveau de ce dernier à l'âge de 65 ans serait de 5,09% (contre 5,65% jusqu'ici) et le changement effectif au milieu de l'année 2018. Des dispositions transitoires sont prévues pour les employé-e-s âgés de plus de 58 ans. La Commission de la caisse entend ainsi réagir à la faiblesse persistante des taux d'intérêts et au fait que les rendements attendus sur les placements devraient, en dépit d'embellies momentanées, rester faibles sur le long terme. La Commission de la caisse prendra une décision définitive qu'elle devrait rendre publique à la fin du premier semestre 2017.

Le taux de conversion est principalement défini sur la base de l'espérance de vie et du taux d'intérêt technique. Selon Publica, l'espérance de vie toujours plus élevée et la nouvelle baisse encore enregistrée par les taux d'intérêts rendent nécessaire l'ajustement du taux de conversion. Depuis le 1er janvier 2015, le taux d'intérêt technique s'élève à 2,75% pour les caisses de prévoyance ouvertes et à 2,25% pour les caisses de prévoyance fermées. Il sera ramené respectivement à 2,0% et à 1,25%. L'abaissement du taux d'intérêt technique permettra d'abaisser l'objectif de rendement requis et de réduire la différence de rémunération entre les capitaux de prévoyance des personnes assurées et ceux des bénéficiaires de rentes. Cet abaissement vise donc à préserver l'équilibre financier de Publica.

Conformément à la loi, les rentes en cours sont préservées de toute réduction. La Commission de la caisse prévoit un passage échelonné au nouveau taux de conversion afin d'amortir de manière adéquate la perte de prestations qui concernera les employé-e-s âgés de plus de 58 ans au moment du changement. Pour contenir la baisse des prestations, les organes paritaires pourront prendre des mesures d'accompagnement supplémentaires en accord avec les associations de personnel.

Publica devrait être à même de renseigner les personnes assurées sur les effets du changement prévu sur leur situation de prévoyance personnelle au cours du quatrième trimestre 2017.

Publica/mcj



© Fotolia

pensions doit «offrir en tout temps la garantie qu'elle peut remplir ses engagements», impose la loi. Non seulement les rentes en cours, mais aussi les «promesses» faites aux futur-e-s retraité-e-s doivent être honorées. Dès lors, la capitalisation de chaque caisse doit suffire, même si l'entreprise ou les salarié-e-s affiliés disparaissent, tombent en faillite, sont rachetés ...

Les engagements financiers des institutions de prévoyance doivent donc être complètement garantis, d'où l'obligation d'un taux de couverture à 100%. Cette règle est impérative pour les caisses de retraite des entreprises

privées, pouvant disparaître du jour au lendemain. Elle est relativisée pour les caisses des collectivités publiques ou les grandes régies de service public qui ne vont pas fermer. Pour elles, la cible d'une couverture à 80% est admise si elles bénéficient de la garantie de l'Etat.

Or, Publica est une institution dite «enveloppante» regroupant 21 caisses de pension sectorielles. Et dix parmi elles ne disposaient pas du capital suffisant pour satisfaire aux conditions légales à fin 2015. D'autant qu'une réserve obligatoire pour se prémunir des fluctuations des valeurs boursières

doit aussi être constituée à hauteur de 20% du capital de Publica. De fait, la caisse devrait être capitalisée à au moins 120%, ce qui n'est actuellement pas réalisé.

Pour compliquer encore, deux taux de couverture différents sont calculés en réalité. Les pensions en cours de versement doivent être intégralement couvertes, car les retraité-e-s actuels ont un droit acquis à leur rente jusqu'à leur décès, même si d'aventure leur ex-entreprise fermait. Publica doit donc absolument conserver environ 19,5 milliards de francs à ce titre, soit 55% de sa capitalisation totale. Le taux de couverture des engagements pris envers les salarié-e-s encore actifs reste donc celui qui peut fluctuer, car la constitution de leurs avoirs de vieillesse peut encore être améliorée d'ici leurs départs en retraite.

Des conséquences sonnantes et trébuchantes

Lorsqu'une institution de prévoyance est à découvert, elle doit assainir sa situation. Si son taux de couverture descend trop et de manière durable, la loi prescrit plusieurs mesures. Des cotisations extraordinaires d'assainissement peuvent être prélevées, les rentes en cours peuvent ne plus être indexées, le taux d'intérêt peut être réduit.

Finalement, seuls deux axes d'intervention sont pertinents: soit injecter

davantage d'argent dans la caisse, par une recapitalisation ou une hausse des cotisations, soit réduire les dépenses. Sauf que les montants des pensions en cours sont protégés par le droit acquis, les seules dépenses pouvant alors être diminuées sont celles des futur-e-s retraité-e-s. D'où la proposition de réduire le taux de conversion, ce qui permet de réévaluer à la baisse les futurs engagements pour les rentiers à venir et de rééquilibrer ainsi les comptes de la caisse.

Rien n'est gratuit

Les conséquences pour les employé-e-s en activité sont donc toujours les mêmes. Une hausse de cotisation afin de sauvegarder le montant des futures rentes équivaut à consentir une baisse du salaire net touché chaque mois, donc à accepter de vivre un peu moins bien immédiatement pour maintenir son niveau de retraite, plus tard. A l'inverse, conserver son pouvoir d'achat du moment implique de subir une réduction des pensions à la retraite par une baisse du taux de conversion, donc une baisse du pouvoir d'achat.

Dans tous les cas, le coût des retraites se paie d'avance par les employé-e-s. Seules une hausse des salaires bruts, la réduction des inégalités salariales et une diminution des écarts dans la distribution des richesses peuvent amener de l'argent frais pour financer de bonnes pensions.

Cotisations d'épargne: l'employeur et l'employé-e versent un pourcentage déterminé du salaire à la caisse de pension au titre de cotisations d'épargne. Selon la loi sur la prévoyance professionnelle (LPP), ces cotisations doivent être en principe supportées à raison de la moitié chacun, mais l'employeur paie généralement 60%.

Taux de conversion (TC): ce taux indique à quel pourcentage l'avoird de vieillesse sera converti en rente à la retraite. Exemple: pour un taux de conversion de 6,5%, un avoir de vieillesse de 100 000 francs donne droit à une rente de 6500 francs par année.

Régime obligatoire LPP: pour les salaires jusqu'à 84 600 francs par année, le TC légal est de 6,8%. Dans la partie surobligatoire, il est permis aux caisses d'abaisser le TC sous le seuil des 6,8%.

Longévité et taux technique: la population ne cesse de vieillir alors que, parallèlement, les taux d'intérêts sont en baisse depuis de nombreuses années. Cette évolution met les caisses de pension sous pression. Pour prévenir les défauts de financement, elles abaissent le TC et augmentent les cotisations.

Publireportage – Etre prêt pour sa première sortie à moto

Le printemps commence dès mars pour les motocyclistes: pour se préparer sérieusement à la saison des sorties qui approche, la simple pose de la plaque minéralogique ne suffit pas.

Conduire une moto est formidable. Mais se déplacer sur un deux-roues motorisé en toute sécurité devient de plus en plus difficile. Pour que la première sortie reste un plaisir malgré l'augmentation du trafic routier et l'agitation, se préparer tôt pour la saison est une obligation. Un contrôle printanier de la machine, tout comme les premiers exercices de conduite et de freinage sont importants.

Se forger un regard de l'intérieur

Les experts en circulation routière et en sécurité sont d'accord là-dessus: il faut une préparation mentale pour les premières ballades printanières, prendre conscience des défis et des risques liés à la conduite d'une moto. Par exemple, il faut simuler au mieux dans sa tête des situations périlleuses, comme aborder correctement les virages ou freiner totalement. Cette technique de préparation mentale est connue chez les amateurs de sports de vitesse, chez les skieurs ou ceux qui font du bobsleigh, par exemple. Avant une course trépidante, ceux-ci visualisent dans leur tête l'ensemble du parcours, virage après virage, pour s'approprier les trajectoires et le timing.



tions pour genoux, tibias et pieds. La protection dorsale doit obligatoirement faire partie de l'équipement de base. De même, les motocyclistes intelligents ne négligent pas non plus les protections pour les épaules et les coudes.

Force musculaire et mobilité

Pour enfourcher sa machine en étant bien préparé, il n'est pas nécessaire de faire de la musculation intensive. Ce qui importe avant tout, c'est d'être en bonne forme physique et d'avoir la mobilité nécessaire. A moto, ce sont avant tout le cou, les poignets et les doigts qui fatiguent. Avant la première sortie, les experts conseillent de faire quelques exercices de musculation ciblés au niveau des muscles cervicaux et du maintien et des doigts – par exemple en prenant dans sa main une balle de squash ou de tennis.

Une chose est sûre: avec une préparation adéquate, le motocycliste passionné reste détendu et concentré, même sur de plus longs trajets. Et c'est ainsi que la première sortie garantit un début de saison des plus plaisants.



Zurich Assurance – demandez une offre dès maintenant!

Vous trouverez toutes les informations sur les offres de Zurich à l'adresse www.zurich.ch/partenaire. Vous pourrez y calculer votre prime individuelle et établir votre offre personnalisée. Pour ce faire, vous aurez besoin des données de connexion suivantes:

Votre code d'accès: cmyuq2Wr

Vous pouvez aussi demander une offre sans engagement au **0800 33 88 33**. Le centre clientèle de Zurich est ouvert en continu du lundi au vendredi de 8h00 à 18h00. Veuillez mentionner que vous êtes membre de l'APC.

Droit

Résiliation en cas de maladie



Thomas Wettstein
Juriste, OFPER

«Je suis en arrêt maladie depuis un an. Mon travail doit à présent être accompli par d'autres personnes. Mon employeur a-t-il le droit de modifier le contrat de travail (résiliation pour cause de modification)? A quel poste aurai-je droit lorsque je serai de nouveau en bonne santé?»

En cas d'incapacité de travailler pour cause de maladie ou d'accident, la personne employée ne peut pas être licenciée pendant deux ans (art. 31a, al. 1 OPers). Cette disposition couvre également la résiliation pour cause de modification. Pendant la maladie de la personne employée, l'employeur a en revanche la possibilité d'adapter unilatéralement la fonction ou la sphère d'attribution, moyennant le respect des délais de congés énoncés à l'art. 30a OPers (art. 25, al. 3 OPers). Il faut pour cela que ce changement soit imposé par des raisons de service et puisse raisonnablement être exigé. Dans le cas présent, une adaptation de la fonction serait donc possible, pour autant que les conditions citées soient respectées. Tant que la personne employée ne reçoit toutefois pas de contrat de travail adapté avec la nouvelle description de poste, comme c'est visiblement le cas dans cet exemple, le contrat de travail existant reste valable.

Perfectionnement Calcul du salaire

«Les perfectionnements tels qu'un doctorat sont-ils pris en compte lors de la classification dans une catégorie de salaire. Comme on le sait, c'est le cas pour un master.»

Le doctorat n'a pas d'incidence sur le calcul du salaire. Les diplômes déterminants pour l'Administration fédérale en tant qu'employeur sont le Bachelor et le Master. Ils n'ont toutefois une incidence sur le salaire que s'ils sont pertinents au regard de la fonction. La formation type préalable correspondante est déterminante pour l'évaluation de la fonction et non l'arrière-plan concret en matière de formation et d'expérience du titulaire du poste.

7 questions à Geneviève Contesse

Luc Python

Geneviève Contesse travaille à la Direction du développement et de la coopération (DDC) au sein du Département des affaires étrangères, en tant que chargée de programme. Elle habite à Fribourg où elle vit avec son partenaire. Elle est membre du comité de la section DFAE de l'APC.



Que faites-vous à la DDC?

Je suis chargée de programme à Berne pour le dossier de la coopération au développement dans le Territoire palestinien occupé (TPO). Mon rôle est celui d'interface entre la centrale et l'équipe sur place, à Jérusalem Est, qui est chargée de la mise en œuvre de la stratégie de coopération. Notre engagement dans le TPO porte sur la promotion et le respect du droit international et des droits de l'homme, sur le renforcement de la gouvernance locale et sur le soutien au développement agro-économique. C'est un travail passionnant, dans un contexte qui ne laisse personne indifférent.

Qu'avez-vous fait avant de travailler à la DDC?

J'étais architecte. J'ai rejoint la DDC comme spécialiste en construction, par le biais de son pool d'experts – le Corps suisse d'aide (CSA) de l'aide humanitaire. Après deux ans et demi passés au nord du Sri Lanka pour le programme de reconstruction dans la région de Jaffna qui a subit plus de 25 ans de guerre, j'ai rejoint la centrale à Berne. J'ai travaillé pour les dossiers du Tadjikistan, puis de la Mongolie avant de prendre mon poste actuel il y a six mois.



Enfant, que vous liez-vous devenir?

Je n'ai jamais eu d'idée précise sur mon devenir. La vie m'a toujours portée, je suis restée à l'écoute des opportunités qui se sont présentées et qui m'ont permis de dessiner mon chemin. J'ai pensé travailler dans le social, devenir artiste ou avocate avant de faire mes premières études en architecture d'intérieur.



Votre premier salaire?

En faisant le ménage chez des voisins, alors que j'étais jeune adolescente. C'est resté un gagne-pain durant une bonne partie de mes études. J'avais du plaisir à «rendre beau et clair».

Quelle est votre qualité première?

Ça dépend des circonstances! Peut-être l'authenticité? Je prends aussi soin de nourrir la bienveillance.

Quels sont vos loisirs?

Le terme de loisir m'est un peu étroit. Yoga, méditation et peinture ont une place importante.

Comment êtes-vous devenue membre de l'APC?

Une amie de la DDC m'a parlé de l'APC. Elle m'a aussi demandé si j'étais prête à rejoindre le comité de la section DFAE, afin que la DDC y soit mieux représentée. J'ai tout de suite accepté.

La Confederazione deve procedere con una ricapitalizzazione di Publica

La previdenza professionale è sotto pressione. La crescente età e i bassi tassi di interesse comportano una riduzione del tasso tecnico di interesse e dell'aliquota di conversione. Mercanteggiare è di moda, ma le rendite non possono essere ridotte in maniera azzardata. Publica ha raggiunto nel 2016 ottimi risultati nonostante i tassi sfavorevoli. A causa dei freni all'indebitamento negli ultimi dieci anni le casse federali hanno realizzato per nove volte delle cospicue eccedenze (tra 1 e 7,5 miliardi), e anche nel 2016 si prospetta una maggior entrata nell'ordine dei miliardi. Nel contempo incombono ulteriori salati tagli per i futuri pensionati, presumibilmente vicino al 10%. Per gli interessati ciò è difficilmente sostenibile e la Confederazione, quale datore di lavoro sociale, deve partecipare finanziariamente. I partner sociali e l'organo paritetico della cassa di previdenza della Confederazione devono perciò esigere dal Consiglio federale un contributo incisivo. Non è accettabile che le casse federali possano risparmiare miliardi grazie ai bassi tassi di interesse e nel contempo il personale della Confederazione non ne possa trarre alcun vantaggio. E anzi, peggio ancora, per la seconda volta di fila non ci sono stati adeguamenti salariali. Dobbiamo pertanto reclamare l'esubero di circa un miliardo nel 2016 per Publica e per l'assicurazione vecchiaia del personale della Confederazione. Qualora i funzionari dello Stato dovessero ritrovarsi a pagare oggi contributi maggiori per le rendite di domani, ci troveremmo di fronte a una decurtazione del salario. Ciò non è accettabile. Perché nel contempo la pressione e le prestazioni fornite sono pure aumentate. Per il futuro è quindi necessaria anche una ricapitalizzazione delle rendite LPP al pari di auspicati aumenti salariali. La Confederazione se lo può permettere. L'APC si impegnerà in questa direzione.



Barbara Gysi, presidente dell'APC

3 lettere ...

in 2 parole

Che bella domenica!

Domenica 12 febbraio la Svizzera ha vinto su più fronti: Beat Feuz ha vinto la medaglia d'oro di discesa libera, le atlete svizzere hanno conquistato un posto nella semifinale della Federation Cup di tennis e... gli stranieri di terza generazione avranno d'ora in avanti diritto a una naturalizzazione agevolata. E in più, il tempo era bello, il sole splendeva, persino a Ginevra! Ma ciò che mi rallegra di più, è che la maggioranza del popolo (quella che vota, ovvero meno del 50% di noi!) ha rifiutato nettamente la terza revisione dell'impostazione fiscale delle imprese, che avrebbe portato vantaggio solo a qualche società e ai relativi azionisti, a discapito della classe media e delle casse pubbliche. Eppure non è la riforma del sistema fiscale a essere contestata. Inizialmente infatti il Consiglio federale aveva proposto un progetto più o meno equilibrato, ma in seguito la destra del Parlamento ha operato troppi cambiamenti proponendo regali insensati a delle imprese che non ne hanno nemmeno bisogno.



Questo voto non era importante solo per il soggetto menzionato, ma anche per la sua portata simbolica: in effetti, in Svizzera abbiamo una vecchia tradizione di compromesso, pragmatismo, di progetti equilibrati che portano dei vantaggi alla maggioranza degli abitanti del nostro bel paese. E questa revisione era tutto fuorché proporzionata.

La popolazione ha appena dato una lezione: vuole che la politica agisca su basi di consenso. Lavoriamoci anche nell'APC. Discutendone certo con le/i dirigenti, ovvero le consigliere e i consiglieri federali, ma anche ascoltando e sostenendo gli impiegati al fine di trovare delle soluzioni accettabili per tutti, sia per il datore di lavoro che per i dipendenti. Forza, mettiamoci all'opera! In modo che ci siano molte altre belle domeniche!

Maria Bernasconi, segretaria generale



© Fotolia

Publica abbasserà il suo tasso di conversione

La rendita ostaggio dei tassi di previdenza professionale

Michel Schweri

La previdenza professionale può avere caratteristiche simili a un impianto di gassificazione, che è tuttavia importante conoscere come le proprie tasche per comprendere le riforme in corso e agire nell'interesse degli affiliati e dei pensionati.



Intervista con Doris Bianchi, segretaria aggiunta dell'USS, responsabile del settore delle assicurazioni sociali

Intervista:
Jürg Grunder/
Doris Bianchi

Cosa ci si aspetta per il futuro dalle casse pensioni in generale e da Publica in particolare?

Le casse pensioni sono soggette a una forte pressione. Oggi-giorno gli investimenti a reddito fisso non fruttano quasi niente. I tassi di interesse così bassi gravano molto sulle casse pensioni, nella loro qualità di investitori istituzionali. Soprattutto le casse che hanno molti pensionati sono particolarmente esposte all'emergenza investimenti. Dato che devono assumersi impegni molto elevati per le rendite, non possono investire eccessivamente in strumenti più redditizi e quindi anche più rischiosi. Questa situazione vale anche per Publica.

Perché nella situazione attuale delle casse pensioni molte volte si riducono le aliquote di conversione? Non ci sono altre misure?

La riduzione delle aliquote di conversione è in stretta relazione con l'abbassamento del tasso di interesse tecnico. Questo tasso deriva da un'ipotesi matematica sugli interessi che possono fruttare gli averi di vecchiaia risparmiati. Il tasso dipende dagli sviluppi che si prevedono per i mercati finanziari. Dato che i rendimenti previsti diminuiscono, molte casse abbassano il tasso di interesse tecnico. Quando si presume che il tasso debba essere più basso, questo influenza anche sulla conversione del capitale in una rendita. Al momento del pensionamento l'avere di vecchiaia risparmiato viene convertito in una rendita vitalizia applicando l'aliquote di conversione. Supponendo un tasso più basso, anche l'aliquote di conversione deve essere più bassa, il che porta a una rendita minore. Però è possibile anche prescindere da un abbassamento dell'aliquote di conversione. La si può pure lasciare a un livello più alto. Ma se si fa così, il finanziamento delle rendite non è sufficiente. Occorre un finanziamento supplementare.

Publica intende abbassare il tasso di interesse tecnico dal 2,75% al 2,0%. È un passo nella direzione giusta, e il valore del tasso tecnico è corretto?

A mio parere un abbassamento così forte del tasso tecnico nel corso di un anno è una misura troppo incisiva. L'abbassamento dell'aliquote di conversione dall'attuale 5,65% al 5,09% è una riduzione massiccia. In questo caso sarebbe più opportuno procedere per gradi. Tanto più che l'abbassamento non garantisce che, malgrado la minore aliquota di conversione, si possa mantenere l'attuale livello delle prestazioni (senza misure di accompagnamento).

La Cassa pensioni della Confederazione Publica ha soltanto 300 milioni di franchi nelle riserve. Per garantire un finanziamento completo a favore delle persone attive, malgrado l'abbassamento dell'aliquote di conversione, si dovrebbero iniettare circa 1,3 miliardi di franchi. Come crede che si possa risolvere il problema?

Al pari di molte altre casse pensioni, pare che Publica abbia deciso di procedere precipitosamente, il che non giova a un finanziamento completo. Sarebbe meglio concentrare l'attenzione sul mantenimento del livello delle prestazioni e decidere piccole riduzioni graduali, da compensare di volta in volta. Quale datore di lavoro, la Confederazione è l'attore principale per la compensazione delle diminuzioni delle prestazioni. Al datore di lavoro una riduzione del tasso tecnico procura un forte vantaggio. Perché così diminuisce il rischio di futuri risanamenti. Questo vantaggio deve essere compensato. Non vedo perché la Confederazione, che come debitore approfitta di interessi bassi o negativi, debba lasciar dissanguare i propri dipendenti per il calo dei tassi. Gli interessi che deve pagare la Confederazione sono sempre minori. Nel 2015 si è trattato di 2,2 miliardi di franchi in meno rispetto a dieci anni fa. Con i tassi a un tale livello si potrebbe prendere in considerazione l'idea che la Confederazione faccia fronte ai propri impegni finanziari nei confronti di Publica tramite un'assunzione di debito.

Rispetto ad altre casse pensioni Publica ha molti pensionati: è una situazione precaria?

Publica non è un caso isolato. Molte delle grandi casse pensioni hanno un rapporto simile fra attivi e pensionati. Però un'elevata percentuale di pensionati rappresenta una sfida per la capacità di rischio della cassa. Quando nei prossimi anni verrà pensionata la generazione dei baby boomer la situazione si aggraverà ulteriormente. Perciò è importante che simultaneamente non si proceda a un salasso degli assicurati attivi. I programmi di risparmio, che comportano un'abolizione di posti di lavoro, sono veleno per le casse pensioni con molti pensionati.

Le casse pensioni si lamentano continuamente dei rendimenti bassi. Nel 2016, Publica ha conseguito un rendimento del 5,0%. Dov'è il problema?

In effetti con il conto annuale che ha chiuso così bene diventa difficile comprendere l'intenzione di abbassare l'aliquote di conversione. Questo mette in gioco la fiducia degli assicurati nel secondo pilastro. A maggior ragione quindi, se si vuole garantire la stabilità finanziaria di Publica, bisogna evitare le misure precipitate e procedere invece prudentemente per gradi.

La rendita ostaggio dei tassi di previdenza professionale

Tasso di interesse minimo e tasso di interesse previsto, tasso tecnico e tasso di interesse effettivo. Tasso di contribuzione, tasso di conversione, tasso di copertura, ecc. Il secondo pilastro delle rendite deborda di «tassi». Se la previdenza professionale forma un sistema la cui finalità, abbastanza semplice, è quella di versare una pensione mensile agli individui che hanno terminato il loro iter professionale, è allo stesso tempo un modello matematico complesso i cui parametri si incastano in modo da mantenere un equilibrio finanziario, che deve appunto permettere di raggiungere l'obiettivo per tutti gli affiliati e non solo per i primi arrivati.

Spesso capita addirittura che l'appoggio tecnico, con i suoi «calcoli attuari», facciano passare in secondo piano lo scopo sociale di questo sistema complementare all'Assicurazione vecchiaia e superstiti. Ed è un approccio spesso opaco agli occhi dei primi

interessati, quei salariati contribuenti e futuri beneficiari. È tuttavia utile conoscere i meccanismi nei dettagli per comprendere le grandi manovre politiche e le riforme che non cessano di succedersi. Publica non sfugge a questa tendenza, perché si profila all'orizzonte della primavera 2017 una nuova riduzione del tasso di conversione. Ma cosa significa realmente?

Riempire le casse

La previdenza professionale è organizzata sulla base delle imprese. Ciascun datore di lavoro deve costituire una cassa pensioni o affiliarsi a una esistente, cassa in cui vengono poi versati i contributi dei salariati mediante un prelievo mensile sugli stipendi lordi maggiori a un certo montante. L'impresa deve sempre versare un montante uguale – spesso un po' di più – a quello versato da ogni impiegato sul conto individuale di quest'ultimo. Una grande fetta di questa somma va ad

alimentare un avere di vecchiaia gestito dalla cassa pensione nei circa 60 anni che intercorrono tra il prelievo del primo contributo mensile a 25 anni e il versamento dell'ultima rendita a seguito del decesso dell'affiliato. In questo intervallo di tempo questo denaro è investito e rende un interesse che fluttua a dipendenza del periodo economico. La legge stabilisce ormai che deve essere accreditato sui conti individuali degli assicurati un tasso di resa minimo dell'1%.

Un primo dilemma appare per la durata di questo periodo di costituzione del capitale di pensionamento. Che percentuale contributiva si può prelevare sui salari al fine di costituire la migliore pensione possibile senza però impoverire l'impiegato, lasciandogli quindi un potere d'acquisto sufficiente per la sua vita quotidiana? Da questo ragionamento nasce lo scaglionamento progressivo dei tassi di contribuzione, i cui costi aumentano per i salari «senior».

Il tasso di conversione

In ogni caso dopo quattro decenni di contributi viene costituito un capitale di vecchiaia. Questo dovrà essere suddiviso in versamenti mensili allo scopo di pagare una rendita al nuovo pensionato. Ma quanto tempo vivrà quest'ultimo? È qui che vengono prese in considerazione la speranza di vita media, ovvero il numero di anni in cui il capitale dovrà essere «diluito», e il tasso di conversione derivante da questa prospettiva.

Questa cifra definisce semplicemente l'ampiezza delle rendite annuali mediante una formulazione poco trasparente. Oggigiorno Publica usa un tasso di conversione del 5,65% per un pensionamento a 65 anni, ciò che permette di suddividere il capitale accumulato in circa 18 tranches annuali del valore equivalente al 5,65% dell'avere della persona. La rendita potrà quindi essere versata fino a 83 anni. Questo tasso si riduce se l'affiliato va in pensione prima (bisognerà suddividere il capitale in parti più piccole) e la scala utilizzata figura nella tabella della seconda pagina del certificato personale inviato ogni anno da Publica.

Riduzione dell'aliquota di conversione... secondo Publica

L'obiettivo di Publica è quello di soddisfare a lungo termine gli impegni finanziari nei confronti delle persone assicurate e beneficiarie di rendita. Pertanto, la Commissione della Cassa di Publica prevede un'ulteriore riduzione del tasso di interesse tecnico e di conseguenza anche dell'aliquota di conversione. Il nuovo valore all'età di 65 anni dovrebbe essere pari al 5,09% (attualmente al 5,65%) nonché essere introdotto a metà 2018. Per le persone impiegate con oltre 58 anni di età è prevista una regolamentazione transitoria. In tal modo la Commissione della Cassa tiene in debita considerazione il persistente basso livello dei tassi e le aspettative di rendimento sul patrimonio di investimento che sul lungo termine restano contenute nonostante la ripresa a breve. La Commissione della Cassa redigerà e comunicherà la sua decisione definitiva prevedibilmente nel primo semestre 2017. L'aliquota di conversione viene stabilita innanzitutto sulla base dell'aspettativa di vita e del tasso di interesse tecnico. Secondo Publica, il continuo aumento dell'aspettativa di vita e il livello dei tassi di interesse nuovamente sceso richiedono un adeguamento dell'aliquota di conversione. Il tasso di interesse tecnico, che dal 1° gennaio 2015 ammonta al 2,75% per le casse di previdenza aperte e al 2,25% per le casse di previdenza chiuse, dovrebbe scendere al 2,0% rispettivamente all'1,25%. Con la riduzione del tasso di interesse tecnico viene diminuito il rendimento obiettivo necessario come pure viene ridotta la differenza di remunerazione tra i capitali di previdenza delle persone assicurate e beneficiarie di rendita. Questa riduzione consente di mantenere l'equilibrio finanziario di Publica. Le rendite già in corso sono tutelate per legge dalle riduzioni.

La Commissione della Cassa prevede un passaggio graduale alla nuova aliquota di conversione, al fine di attenuare adeguatamente il deterioramento delle prestazioni per le persone impiegate più anziane che al momento del cambiamento hanno oltre 58 anni di età. D'intesa con le parti sociali, gli organi paritetici possono adottare ulteriori misure complementari volte a limitare la diminuzione delle prestazioni.

In seguito Publica potrà informare prevedibilmente nel quarto trimestre 2017 le proprie persone assicurate relativamente alla situazione previdenziale individuale connessa al cambiamento previsto.

Publica/mcj



© Fotolia

Una sfida di primaria importanza

Da qualche anno questo tasso di conversione costituisce una sfida di primaria importanza. Se fissato troppo alto esaurisce il capitale accumulato prima del decesso, se fissato troppo basso riduce il montante delle rendite e diminuisce pertanto il potere d'acquisto dei pensionati. Nel 2010 il popolo svizzero ha d'altronde seccamente rifiutato una riduzione del tasso di conversione scritto nella legge. Le autorità volevano diminuirlo dal 6,8% (valore ancora in vigore) al 6,4%.

A inizio 2015 Publica ha ridotto il proprio tasso di conversione dal 6,15% al 5,65%, abbassando contemporaneamente il montante delle rendite annuali di circa l'8%, ma estendendone il versamento di un anno supplementare, ovvero fino a 83 anni contro un massimo di 82 fino ad allora. Ora, ricevere per più tempo rendite ridotte non rende certamente felici i pensionati che decedono prima, dal momento che quasi il 60% degli uomini e più di un terzo delle donne vengono a mancare prima di questa età.

Publica cerca ormai nuovamente di ridurre il suo tasso di conversione. Dovrebbe annunciare la propria decisione nel primo semestre 2017. A questo fa da sfondo il piano «Previdenza per la vecchiaia 2020», che preconizza una riduzione del tasso minimo di conversione al 6%.

Perché in realtà sono due i tassi di conversione utilizzati dalle casse pensione che violano i vincoli legali, come nel caso di Publica. Sulla parte di previdenza detta «obbligatoria», disciplinata strettamente dalla legge, il tasso di conversione in effetti non può essere inferiore al 6,8%. Ma per la parte detta «sovraobbligatoria» non soggetta al minimo legale, il fattore può essere fissato liberamente. La percentuale figurante sul certificato annuale di affiliazione deriva dall'aggregazione delle due parti (vedi riquadro).

Oltre al mantenimento dei tassi di conversione di Publica, è altrettanto importante conservare il tasso minimo di conversione, perché permette di proteggere la base intoccabile delle rendite di pensionamento. Difendere

entrambi parallelamente permette di conservare il montante annuale delle pensioni anche per i futuri pensionati.

E il tasso di conversione?

Nel mezzo dei tassi di contribuzione che determinano le entrate e dei tassi che modulano le spese, troviamo il tasso di copertura. Essendo la previdenza professionale un sistema di copertura tramite capitalizzazione che non beneficia di alcuna sovvenzione o apporto finanziario esterno, la legge stabilisce che ciascuna cassa pensione deve «offrire in ogni momento la garanzia di poter ottemperare ai propri impegni». Non solo le rendite in corso, ma anche quelle «promesse» ai futuri pensionati dovranno essere onorate. La capitalizzazione di ciascuna cassa deve pertanto essere sufficiente, e questo anche se l'azienda o i salariati affiliati spariscono, vanno in fallimento, sono acquisiti, ecc.

Gli impegni finanziari delle istituzioni di previdenza devono quindi essere completamente garantiti, da qui l'obbligo di un tasso di copertura del 100%. Questa regola è imperativa per

le casse pensione delle aziende private, visto che queste potrebbero sparire da un giorno all'altro. È invece relativizzata per le casse di collettività pubbliche o per le grandi regie di servizio pubblico che non chiuderanno. Per queste è ammesso un traguardo di copertura dell'80% se sono coperte dalla garanzia dello Stato.

Ora, Publica è una cosiddetta istituzione «mantello» che raggruppa 21 casse pensione settoriali. E dieci di queste non dispongono del capitale sufficiente per soddisfare le condizioni legali a fine 2015. Soprattutto perché deve essere costituita una riserva obbligatoria superiore al 20% del capitale di Publica per premunirsi dalle fluttuazioni dei valori di borsa. Di fatto la cassa dovrebbe essere capitalizzata almeno al 120%, cosa che al momento non è ancora realizzata.

Per complicare ulteriormente le cose in realtà sono calcolati due differenti tassi di copertura. Le pensioni che vengono versate attualmente devono essere coperte integralmente, perché i pensionati attuali hanno il diritto acquisito alla loro rendita fino



© Fotolia

al loro decesso, anche se per fatalità l'azienda dovesse chiudere. Publica deve quindi assolutamente conservare circa 19,5 miliardi di franchi a questo scopo, ovvero il 55% della capitalizzazione totale. Il tasso di copertura degli impegni presi nei confronti dei salarciati ancora attivi è quindi quello che può fluttuare, perché la costituzione dei loro averi di vecchiaia può ancora essere migliorata prima del loro pensionamento.

Conseguenze in contanti

Allorché un'istituzione di previdenza si ritrovasse ad essere scoperta, questa dovrebbe risanare la propria situazione. Se il tasso di copertura dovesse scendere troppo e in maniera duratura, la legge prescrive più misure. Possono essere prelevate delle contribuzioni straordinarie di risanamento, le rendite in corso possono non più essere indicizzate, il tasso d'interesse può essere ridotto.

Concludendo, solo due assi di intervento sono pertinenti: iniettare nuovi fondi nella cassa, con una ricapitalizzazione o un rialzo dei contributi, oppure ridurre le spese. Salvo che i montanti delle pensioni in corso sono protetti dai diritti acquisiti, e quindi le sole uscite che possono essere ridotte

sono quelle delle rendite future. Da qui nasce la proposta di ridurre il tasso di conversione, ciò che permetterebbe di rivalutare al ribasso gli impegni futuri per i pensionati di domani e riequilibrare così i conti della cassa.

Nulla è gratuito

Le conseguenze per gli impiegati in attività sono dunque sempre le stesse. Un rialzo delle contribuzioni al fine di salvaguardare il montante delle future rendite equivale a consentire un ribasso del salario netto ricevuto ogni mese, e quindi accettare di vivere un poco meno bene oggi per mantenere il proprio livello di rendita più in là. Al contrario, conservare il proprio potere d'acquisto attuale implica il dover subire una riduzione delle rendite al momento del pensionamento a causa del ribasso del tasso di conversione, e quindi del ribasso del potere d'acquisto.

In tutti i casi, il costo delle rendite viene pagato principalmente dagli impiegati. Solo un rialzo dei salari lordi, la riduzione delle diseguaglianze salariali e una diminuzione degli scompensi nella distribuzione della ricchezza può portare denaro fresco per finanziare delle buone pensioni.

Due esempi fintizi con il tasso di conversione di Publica

	in fr.	Tasso di conversione in %	Rendita annuale in fr.
Capitale di rendita totale	200 000.00	5,65	11 300.00
parte obbligatoria LPP	100 000.00	6,80	6 800.-
parte sovraobbligatoria	100 000.00	4,50	4 500.-

Spiegazione: se un capitale totale, qui di 200 000.-, è costituito da una metà rilevante ai sensi della legge sulla previdenza professionale e fornante la base obbligatoria del minimo legale al quale non si può derogare, l'altra metà (sovraobbligatoria) risulta dai contributi supplementari. Sulla prima metà la rendita annuale è di 6800.- (6,8% di 100 000.-), sulla seconda metà solamente 4500.-. Questo è permesso, poiché il minimo legale è, alla fine, almeno rispettato.

Riduzione del tasso di conversione

	in fr.	Tasso di conversione in %	Rendita annuale in fr.
Capitale di rendita totale	200 000.00	5,00	10 000.00
parte obbligatoria LPP	100 000.00	6,80	6 800.-
parte sovraobbligatoria	100 000.00	3,20	3 200.-

Se per ipotesi il tasso di conversione dovesse venir ridotto al 5%, la rendita annuale totale sarebbe ridotta a 10 000.- contro gli 11 300.- precedenti. Ma la ripartizione tra la parte obbligatoria e quella sovraobbligatoria sarebbe anche modificata. La rendita minima calcolata secondo la legge è mantenuta a 6800.-, mentre la pensione proveniente dalla metà sovraobbligatoria della cassa scenderebbe a 3200.-, anche se il capitale è identico in entrambi i casi.



Campagne de l'APC «Mes droits»

Mesures d'économies: quelles conséquences pour mon emploi?

Office fédéral de la statistique

A la fin janvier, l'APC était présente à l'Office fédéral de la statistique à Neuchâtel dans le cadre de sa campagne «Mes droits». Barbara Gysi, présidente de l'APC et conseillère nationale, a commenté les actualités du Palais sur la politique du personnel, en mettant l'accent sur les programmes d'économies et les conséquences pour les emplois à la Confédération. «La pression continue, 300 à 400 postes sont menacés.» Les secrétaires d'association Rahel Imobersteg et Luc Python ont quant à eux tenu un exposé sur le thème «Mes droits lors de réorganisations et de plans d'économies». Plus de 70 collaborateurs et collaboratrices étaient présents à cette séance d'information, une participation qui réjouit l'APC!

mcj

«En tant qu'employé-e de la Confédération, suis-je exposé sans protection à la menace d'une résiliation pour impératifs économiques ou d'exploitation?»

«Quels principes s'appliquent en cas de réduction des postes pour cause de réorganisation?»

«Suis-je obligé, en tant qu'employé-e, de signer un accord de réorganisation et de collaborer à la recherche d'un autre emploi?»

«Quel soutien puis-je attendre de la Confédération dans la recherche d'un emploi «raisonnablement exigible»?»

La brochure de l'APC **«Mes droits lors de réorganisations et de plans d'économies»** répond à toutes ces questions et bien d'autres. Elle sera disponible sur www.pvb.ch dès la fin mars. Elle se veut à la fois un support d'information, mais aussi un soutien pour les membres de l'association touchés par une réorganisation ou par des mesures d'économies.

D'autres dates et lieux vous seront proposés tout prochainement*.



* Vous souhaitez qu'une telle séance d'information soit organisée dans votre office? Contactez-nous sans plus attendre!

Kampagne des PVB «Meine Rechte»

Sparmassnahmen: Hat das Konsequenzen für meine Stelle?

Bundesamt für Statistik

Ende Jahr hat der PVB im Rahmen seiner Kampagne «Meine Rechte» das Bundesamt für Statistik in Neuenburg aufgesucht. Barbara Gysi, Präsidentin des PVB und Nationalrätin, hat die aktuellen personalpolitischen Geschehnisse aus dem Bundeshaus kommentiert und dabei den Schwerpunkt auf die Sparprogramme und deren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze beim Bund gelegt. «Der Druck steigt, 300–400 Stellen sind gefährdet.» Die Verbandssekretärin Rahel Imobersteg und der Verbandssekretär Luc Python haben ein Referat zum Thema «Meine Rechte bei Reorganisationen und Sparmassnahmen» gehalten. Mehr als 70 Mitarbeitende nahmen an der Informationsveranstaltung teil, was den PVB natürlich sehr freut!

mcj

ABC-KAMIR

Am 5. Januar hat der PVB bei der Kampfmittelräumung ABC-KAMIR in Spiez bei einem Teil der vom Abbau betroffenen Mitarbeitenden eine Information über ihre Rechte und Pflichten bei Reorganisationen durchgeführt.

jg

«Bin ich als Bundesangestellte/r einer angedrohten Kündigung aus betrieblichen oder wirtschaftlichen Gründen schutzlos ausgeliefert?»

«Welche Grundsätze gelten im Fall von Stellenabbau im Rahmen von Reorganisationen?»

«Bin ich als Arbeitnehmer/in verpflichtet, eine Reorganisationsvereinbarung zu unterzeichnen und bei der Suche nach einer Weiterbeschäftigung mitzuwirken?»

«Welche Unterstützung darf ich als Arbeitnehmer/in vom Bund bei der Suche nach einer zumutbaren Weiterbeschäftigung erwarten?»

Die Broschüre des PVB **«Meine Rechte bei Reorganisationen und Sparmassnahmen»** beantwortet sämtliche Fragen zu diesem Thema und noch viele mehr. Sie wird ab Ende März auf www.pvb.ch zur Verfügung stehen und dient einerseits zur Information, ist andererseits aber auch eine Hilfe für Mitglieder des Verbands, die von einer Reorganisation oder von Sparmassnahmen betroffen sind.

Weitere Daten und Orte werden demnächst aufgeschaltet.*



* Möchten Sie, dass eine solche Informationsveranstaltung in Ihrem Amt organisiert wird? Kontaktieren Sie uns unverzüglich.

Sektionen

Dübendorf	Finanzdepartement	Luzern	Pensionierte
<p>Einladung zur 69. Generalversammlung der PVB-Sektion Dübendorf</p> <p>Donnerstag, 6. April 2017, 18.00 Uhr Personalrestaurant, Militärflugplatz, 8600 Dübendorf (Haupteingang)</p> <p>Traktanden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüssung 2. Wahl der Stimmenzähler 3. Protokoll der 68. Generalversammlung 4. Jahresbericht des Präsidenten 5. Ehrungen 6. Finanzielles <ul style="list-style-type: none"> 6.1 Jahresrechnung 2016 6.2 Revisorenbericht 6.3 Voranschlag 2017 7. Wahlen <ul style="list-style-type: none"> 7.1 Präsident 7.2 Vorstand 7.3 Rechnungsrevisoren 7.4 Delegierte 8. Anträge 9. Verschiedenes <p>Als Guest erwarten wir Jürg Grunder, Verbandssekretär.</p> <p>Im Anschluss an die Generalversammlung wird ein Nachtessen offeriert.</p> <p>Die Anmeldung für die Teilnahme an der GV ist bis zum 20. März 2017 an René Steiner zu senden: R. Steiner, Stauberbergstrasse 39, 8610 Uster, Tel. 076 399 14 55, E-Mail: pvb.steiner@gmx.ch.</p> <p>Anträge zuhanden der Generalversammlung sind bis zum 20. März 2017 schriftlich an den Präsidenten zu richten: A. Werro, Ueberlandstrasse 255, 8600 Dübendorf, E-Mail: andrea.werro@vtg.admin.ch.</p> <p>Mitglieder, die Reka-Checks beziehen möchten, sind gebeten, den entsprechenden Betrag mitzubringen.</p> <p>Wir freuen uns schon heute darauf, Euch recht zahlreich an der GV begrüssen zu dürfen.</p> <p>Mit kollegialen Grüßen Der Vorstand</p>	<p>Einladung zur Hauptversammlung der Sektion Finanzdepartement</p> <p>Datum: Montag, 3. April 2017 Beginn: 17.30 Uhr Ort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern</p> <p>Traktanden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüssung 2. Wahl der Stimmenzähler 3. Protokoll der Hauptversammlung vom 4. April 2016 4. Jahresbericht 2016 5. Finanzielles <ul style="list-style-type: none"> 5.1 Jahresrechnung 2016 5.2 Rechnungsrevisorenbericht 2016 5.3 Voranschlag 2017 5.4 Sektionsbeitrag 2018 6. Ehrungen 7. Wahlen 8. Informationen aus dem Verbandssekretariat von Rachel Imobersteg 9. Anträge der Mitglieder (Anträge sind bis 1. April 2017 schriftlich an Ruedi Lüthi, Spiegelstrasse 12, 3095 Spiegel, oder via E-Mail, ruedi.luethi.pvb@bluewin.ch, einzureichen) 10. Gastreferat 11. Verschiedenes <p>Nach der HV sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Apéro und Nachtessen eingeladen.</p> <p>Wir hoffen, viele Kolleginnen und Kollegen an der HV begrüssen zu dürfen.</p> <p>Freundliche Grüsse Der Vorstand</p>	<p>Einladung zur 66. Hauptversammlung</p> <p>Freitag, 24. März 2017 Restaurant Gersag, 6020 Emmenbrücke 19.00 Uhr gemeinsamer Imbiss 20.15 Uhr Hauptversammlung</p> <p>Traktanden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüssung 2. Wahl der Stimmenzähler 3. Protokoll der 65. Hauptversammlung vom 18. März 2016 4. Jahresbericht des Präsidenten 2016 5. Finanzen <ul style="list-style-type: none"> 5.1 Jahresrechnung 2016 5.2 Bericht der Rechnungsrevisoren 5.3 Budget 2017 6. Wahlen <ul style="list-style-type: none"> 6.1 Vorstandsmitglieder/Kontaktpersonen 6.2 Rechnungsrevisoren 7. Anträge des Sektionsvorstandes oder von Mitgliedern Anträge sind dem Präsidenten, Hans Cazzaniga, Alpenstrasse 14, 6023 Rothenburg, bis zum 10. März 2017 schriftlich einzureichen. 8. Ehrungen 9. Grussworte und Kurzreferat, von der Verbandsleitung dürfen wir Jürg Grunder, Verbandssekretär, willkommen heissen. 10. Umfrage und Verschiedenes <p>Der Vorstand freut sich auf Euer zahlreiches Erscheinen.</p> <p>Freundliche Grüsse Sektion Luzern Vorstand</p>	<p>4 Tage in der Innerschweiz 22. August bis 25. August 2017</p> <p>Nach der gelungenen Reise ins Appenzellerland im letzten Jahr, erkunden wir 2017 die Innerschweiz. Noch sind nicht alle Details festgelegt, aber dem Exkursionsleiter wird es sicher wieder gelingen, ein Programm zusammenzustellen, das möglichst viele Facetten dieser eindrücklichen Landschaft zeigt.</p> <p>Zurzeit geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Besichtigung eines Museums in Schwyz - Ausflug auf die Rigi mit Wanderung - Ausflug auf die Ibergeregg mit Wanderung - Schiffahrt auf dem Vierwaldstättersee - Besuch von Sehenswürdigkeiten in Luzern <p>Das detaillierte Programm wird so bald als möglich veröffentlicht.</p> <p>Die Kosten werden sich vermutlich im Rahmen der letzten Jahre bewegen (etwa 600 Franken).</p> <p>Bewährter Reiseleiter ist auch dieses Jahr wieder unser Vorstandsmitglied Mario Negri, 7526 Chapella.</p> <p>Anmeldungen nimmt ab sofort entgegen: Hans Frischknecht, Brunnenweg 6, 3184 Wünnewil, E-Mail: hs.frischknecht@bluewin.ch, Tel. 026 496 10 96 Anmeldeschluss 31. März 2017 Maximale Teilnehmerzahl: 16</p> <p>Besuch Tropenhaus Frutigen am Mittwoch, 19. April 2017</p> <p>Fahrt mit dem Zug nach Frutigen mit anschliessendem kurzem Spaziergang zum Tropenhaus. Durch die Kombination der Themen «Tropengarten» und «Stör und Kaviar» erhalten wir auf einer geführten Tour von etwa 1½ Stunden einen allgemeinen Überblick.</p>

Thema Tropengarten

Rundgang durch den Tropen- und Orchideengarten. Entdecken Sie die Pflanzen, die hinter den exotischen Früchten und Gewürzen stecken.

Thema Stör und Kaviar

Der Stör im Tropenhaus Frutigen, seine Lebensweise, die Verarbeitung und die Kaviargewinnung.

Das gemeinsame Mittagessen findet ebenfalls im Tropenhaus statt und gibt z.B. die Möglichkeit, einmal Stör zu versuchen.

Das Eintrittsbillett ist den ganzen Tag gültig, daher kann anschliessend die Besichtigung auf eigene Faust fortgesetzt werden.

Treffpunkt: 8.20 Uhr beim «Treffpunkt» im Hauptbahnhof Bern

Fahrplan**Hinfahrt**

Bern ab: 8.39 Uhr Gleis 3

Thun ab: 9.01 Uhr

Frutigen an: 9.24 Uhr

Rückfahrt

Frutigen ab: 14.31/15.31/16.31 Uhr
Thun an: 14.58/15.58/16.58 Uhr
Bern an: 15.20/16.20/17.20 Uhr

Kosten:

Eintritt Tropenhaus: Fr. 12.–
Führung: Fr. 10.–

Die Zahl der Teilnehmer ist auf maximal 20 Personen beschränkt. Die Berücksichtigung erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung.

Anmeldung: mit Name, Telefonnummer und Anzahl Teilnehmer spätestens bis 12. April 2017 an Hans Frischknecht, Brunnenweg 6, 3184 Wünnewil, Tel. 026 496 10 96 oder E-Mail: hs.frischknecht@bluewin.ch.

Der Vorstand freut sich auf Eure Teilnahme mit oder ohne Partner/in.

Hans Frischknecht

Swisscom**Besuch des Wasserkraftwerkes Mühleberg mit anschliessendem Racletteessen**

Am Mittwoch, 12. April 2017,

werden wir das Wasserkraftwerk Mühleberg besuchen. Sicher wird es eine sehr interessante Führung sein. Wir werden uns um 13.10 Uhr bei der Postautostation im Westside einfinden; dort nehmen wir das Postauto nach Fuchsenried. Das Libero-Billett löst jeder für sich (3 Zonen ab Westside, 4 Zonen ab Bern). Von dort bis zum Kraftwerk sind es 20 Minuten zu Fuss. Nach der Führung die etwa 2 Stunden dauert, werden wir den Rückweg unter die Füsse bzw. unter die Räder nehmen und nach Bern-Wittikofen fahren. Dort servieren wir Euch das berühmte Raclette. Das Essen wird gegen 17.45 Uhr beginnen. Teilnehmer, die nur zum Racletteessen oder nur zur Führung

kommen, sollten es bei der Anmeldung vermerken.

Die Kosten für das Essen belaufen sich auf Fr. 10.– für Nichtmitglieder (exkl. Getränke für alle). Der Besuch des Kraftwerkes ist für alle Teilnehmer gratis.

Anmeldungen erwartet Werner Binggeli, Tel. 031 721 90 80 oder E-Mail: wblizapp.ch, bis zum 25. März 2017.

Mit freundlichen Grüßen
Die Organisatoren
Bruno und Werner Binggeli

Provisorisches Programm 2017

Datum	Was	Wo	Wie
Mi 12. April	Kraftwerk Mühleberg	Mühleberg	ÖV
Mi 10. Mai	Spargelessen	Hartheim-Feldkirch	Car
Di 27. Juni	Sektionsausflug	Emosson/Mt. Terry	Car od. ÖV
Fr 8. Sept.	Fondueessen	Les Charbonnières	Car
Di 3. Okt.	Billard	Bern	Indiv.
Fr 27. Okt.	Chrisantema	Lahr	Car
Mi 15. Nov.	Olympisches Museum	Lausanne-Ouchy	ÖV
Mi 22. Nov.	Kegeln		Indiv.
24. Jan. 2018	Rückschau/Vorschau/Lotto		Indiv.

Daten fix

Hauptversammlungen 2017 / Assemblées générales 2017 / Assemblee generali 2017

UNTERWALDEN | Mittwoch, 22. März

NYON | Mercredi 22 mars

TICINO | Giovedì 23 marzo

LUZERN | Freitag, 24. März

ST. GALLEN | Mittwoch, 29. März

FINANZDEPARTEMENT – DÉP. DES FINANCES |

Montag, 3. April | Lundi 3 avril

OG PSI | Dienstag, 4. April

DÜBENDORF | Donnerstag, 6. April

RHÔNE | Vendredi 7 avril

OG SÜD-OST | Samstag, 8. April

EDELMETALLPRÜFER – ESSAYEURS-JURÉS |

Freitag, 22. April | Vendredi 22 avril

PAYERNE | Mercredi 26 avril

EPFL | Jeudi 4 mai

Weitere Details sowie die Traktandenlisten finden Sie im Magazin-e oder auf der Internetseite unter den jeweiligen Sektionen: www.pvb.ch.

Vous trouverez d'autres détails ainsi que l'ordre du jour dans le «Magazin-e» et/ou sur le site internet, rubrique sections www.pvb.ch.

Der Vorstand erwartet Euch pünktlich um 19 Uhr zum Nachtessen im Hotel Restaurant Engel, Stans.

Anmeldung erwünscht! roland.scheiber@vtg.admin.ch, Tel. 058 461 31 08

Mit kollegialen Grüßen

Der Vorstand der PVB-Sektion Unterwalden

Cours APC 2017

Préparation à la retraite

Du 23 au 24 novembre 2017, Hôtel Schloss Münchenwiler

Préparation à une nouvelle étape de vie que constitue la retraite: y sont abordés les aspects financiers, juridiques, la santé (nutrition, gym et jeunesse éternelle, p. ex.)

Coûts

L'APC prend à sa charge les frais d'hébergement/pension des membres; mais non de leur-s accompagnant-e-s (Fr. 350.-). Les frais de voyage sont à la charge des participant-e-s.

Congé

Le congé payé s'effectue selon l'art. 40, al. 2, lettre d de l'ordonnance du Département fédéral des finances. La demande de congé doit être présentée suffisamment tôt à l'employeur.

Orateurs

Les orateurs sont des représentants de l'association de personnel et de l'économie privée.

Renseignement

Luc Python, luc.python@pvb.ch – tél. + 41 31 938 60 61.

Inscription jusqu'au 30 juin 2017 auprès de l'APC, Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen ou par courriel à pvb@pvb.ch

Cours préparation à la retraite du 23 et 24 novembre 2017

Nom _____

Prénom _____

Adresse privée _____

NP, lieu _____

Tél. prof. _____

Tél. privé _____

E-mail _____

Date de naissance _____

Section APC _____

Employeur, fonction _____

Lieu de service _____

Date prévue de la retraite _____

Accompagnant-e: _____

Nom/prénom _____

Lieu, date _____

Signature _____

SUDOKU

		3				8		
	5		7		6		2	
9			4		1			6
	3	8				4	6	
	1	6				2	7	
5			8		7			1
	6		1		2		4	
		4				7		

Impressum

Erscheinungsweise: 6-mal pro Jahr (alle zwei Monate)

Redaktion:

Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen
Redaktoren/-innen: Maria Bernasconi, Jürg Grunder, Luc Python, Rahel Imobersteg
Kommunikationsverantwortliche und Redaktorin: Martine Currat-Joye
Administrations- und Sektionsverantwortliche: Melanie Spicher
Tel. +41 (0)31 938 60 61
E-Mail: redaktion@pvb.ch, www.pvb.ch

Druck und Expedition:

Stämpfli AG
Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern
Tel. +41 (0)31 300 66 66

Adressänderungen:

Mutationsdienst PVB
Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen
E-Mail: pvb@pvb.ch
Tel. +41 (0)31 938 60 61

Inseratenverwaltung:

Stämpfli AG
«PVB Magazin-e APC»
Tel. +41 (0)31 300 63 89

WEMF-begläubigte Auflage: 9710 Exemplare

Nouveau !
En exclusivité pour
les membres APC
4 nuits pour 3 – offre limitée
Dans les hôtels de Ferienverein
avec bains d'eau saline

Venez dans un de nos hôtels de vacances des Alpes suisses! Nous vous offrons une nuit avec petit déjeuner et une entrée à l'espace bien-être.

AROSA, SILS-MARIA, CRANS-MONTANA, WENGEN

Réservez votre séjour **jusqu'au 31 mai 2017** pour la période du 1er février 2017 au 2 avril 2018 et vous recevrez **1 nuit gratuite** (1 chambre, 2 adultes max.) avec petit-déjeuner. Séjour minimum de 4 nuits, resp. 7 nuits du 26.12.2017 au 06.01.2018 et en février 2017/2018.

Effectuez vos réservations directement auprès de l'hôtel de votre choix, par mail ou téléphone, en indiquant le code «4 pour 3». Informations et contact: www.ferienverein.ch/fr.

Pas de paiement cash, sous réserve des disponibilités, non cumulable.



**PROFITEZ DES AVANTAGES DE L'APC....
ET ÉCONOMISEZ !**

Nos membres bénéficient d'offres et de rabais très avantageux auprès de nos partenaires.

Assurance maladie CPT | Zurich | Protection juridique MULTI-APC | Cartes de crédit | Chèques Reka | Voitures de location | Banque Coop | Banque BCBÉ | Formation et perfectionnement | Mazda, Mercedes, Hyundai | Hotelcard

Encore plus de rabais sur www.pvb.ch, rubrique « avantages » ou + 41 31 938 60 61

Neu!
Exklusiv für PVB-Mitglieder

4 für 3 Nächte - nur für kurze Zeit
In den Ferienverein-Hotels mit Solbad

Besuchen Sie eines der Ferienverein-Hotels in den Schweizer Alpen und wir schenken Ihnen 1 Nacht inklusive Frühstück und Eintritt in den Wellnessbereich.

AROSA, SILS-MARIA, CRANS-MONTANA, WENGEN

Buchen Sie **bis am 31. Mai 2017** Ihre Ferien in der Zeit vom Februar 2017 bis 2. April 2018 und Sie erhalten:

1 kostenlose Nacht (1 Zimmer, max. 2 erwachsene Personen) inkl. Frühstück bei einem Mindestaufenthalt von 4 Nächten bzw. 7 Nächten vom 26.12.2017 bis 06.01.2018 und im Februar 2017/2018.

Neubuchung direkt beim gewünschten Hotel, per Mail oder Telefon, mit dem Code «4 für 3».

Kontakt- und Saisondaten siehe www.ferienverein.ch.

Barauszahlung ausgeschlossen, solange verfügbar, nicht kumulierbar.



**PROFITIEREN SIE VON ZAHLREICHEN
VORTEILEN DES PVB.... UND SPAREN SIE!**

Die Mitglieder profitieren von exklusiven Angeboten und Rabatten.

Krankenkasse KPT | Zurich | PVB-MULTI-Rechtsschutz | Reka-Checks | Autovermietung |
Bank Coop | Bank BEKB | Kreditkarten | Aus- und Weiterbildung |
Mazda, Mercedes und Hyundai (Flottenrabatt) | Hotelcard

Noch mehr Rabatte : www.pvb.ch, Rubrik « Vorteile » oder + 41 31 938 60 61